

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“)

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Verantwortl. Red.: Joh. Staningh, veranw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Bellenbinderhof 56.

Schlag der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 4.

Inhalt: Reichstagsauflösung als Weihnachtsbescherung für das deutsche Volk. — Festgedanken. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Befestigung des Verbandshauptquartiers. — Verträge über Reform der Arbeitsverhältnisse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterfragen, Subventionen usw. — Aus anderen Verlässen. — Konferenz der Vertreter der Verbände der Zentralverbände. — Gewerbliche Rechtsprechung und Arbeiterversicherung. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Reichstagsauflösung als Weihnachtsbescherung für das deutsche Volk.

Nach den getroffenen Dispositionen sollte der Reichstag Freitag, den 14. Dezember, in die Weihnachtsferien gehen. Am Tage vorher, Donnerstag, den 13. Dezember, erteilte ihn in überraschender Weise die Auflösung. Und die Ursache dieser Maßnahme der verblühten Regierungen, die alle Volksteile in ungeheure Aufregung versetzt hat? Es handelt sich um die Erledigung des Nachtragssetats für Südwestafrika in zweiter Lesung. Die Reichsregierung verlangte „zur endgültigen Niederwerfung des Eingeborenen-aufstandes“ M. 29 220 000 Mark. In den Erklärungen dazu hieß es, am 1. Oktober 1906 habe die Stärke der Schutztruppe gegenüber der im Etat für 1906 veranschlagten Durchschnittstärke von 14 500 Köpfen nur noch 12 281 betragen. Es war dazu bemerkt: „Bis Ende März 1907 werden voraussichtlich weitere 4013 Köpfe heimgefordert werden, so daß die Stärke der gesamten Schutztruppe am Ende des Rechnungsjahres 8268 Köpfe betragen wird.“

Die Sozialdemokratie lehnte, wie jede Forderung für die Kolonialpolitik, so auch diese rund ab. Das Zentrum verlangte, daß nicht nur bis zum 31. März die 4013 Mann zurückgeführt, sondern auch alle Vorbereitungen getroffen werden, um sofort nach dem 1. April alle Truppen bis auf einen Bestand von 2500 Mann in die Heimat zu befördern. Dieses war die Ursache der kritischen Situation, die für den Reichstag in den letzten Tagen seines Bestehens bestand. Man muß sich die Forderung des Zentrums denken im Zusammenhang mit der feindseligen Spannung, die zwischen ihm und der Regierung durch das Renkontre, Roeren-Dernburg geschaffen war. Der Reichstagspräsident griff in der beschwörenden Sitzung vom 13. Dezember selbst in die Debatte ein. Unter Aufwand höchstener „patriotischer“ Worte beschwor er den Reichstag, den Zentrumsantrag abzulehnen und die Forderung der Regierung zu bewilligen. Er behauptete, die Annahme des Zentrumsantrages werde gleichbedeutend sein mit dem Verluste des Selbstzuges und einer Preisgabe des gesamten südwestafrikanischen Kolonialbesitzes, eine Behauptung, die vor objektiver Kritik unmöglich standhalten kann.

Die Frage, die während des Verlaufs der letzten Sitzung alle Gemüter in Spannung erhielt, war die: Wird das Zentrum fest bleiben und wird die Regierung ihm nachgeben? Ueber letzteren Punkt gewann man bald Klarheit; der Reichstagspräsident ließ am Schluß seiner Rede keinen Zweifel darüber, daß im Fall der Ablehnung der Regierungsforderung die Auflösung des Reichstages erfolgen würde. Die Freisinnigen versuchten es mit einem Vermittlungsantrag, und als es dann zu den entscheidenden Abstimmungen kam, erwies sich, daß das Zentrum diesmal konsequent blieb und vor der Regierung nicht zu Kreuze kroch. Der freisinnige Vermittlungsantrag wurde mit 175 gegen 171 und die Regierungsforderung mit 177 gegen 164 Stimmen abgelehnt. Die Majorität bildeten Zentrum und Sozialdemokraten, während die Konservativen, Antisemiten, Nationalliberalen und Freisinnigen einschließlich der Süddeutschen Volkspartei für die Re-

gierungsvorlage stimmten. Damit war die Niederlage der Regierung vollzogen. Der Reichstagspräsident durch Verlesung der für diesen Fall vor ihm liegenden kaiserlichen Vorlast: „Der Reichstag wird hierdurch aufgelöst.“

Wenn man diese Auflösung beurteilen wollte lebhaft nach dem Streitobjekt, um das es sich handelt, so würde die Maßregel geradezu als eine unverständliche erscheinen. Denn die Regierung hätte immer noch Zeit und Gelegenheit genug gehabt, zu einer sie befriedigenden Verständigung mit dem Zentrum zu kommen. Tatsächlich aber handelt es sich bei dieser Auflösung um mehr als um das absolute Geltendmachen des Willens der Regierung. Offenbar hielt sie den Augenblick für gekommen, einen Vorstoß gegen die Herrschaft des Zentrums im Reichstage zu unternehmen, zugleich aber auch, und vor allen Dingen, die Sozialdemokratie zu schwächen. Wir haben der Regierung niemals ein besonderes Maß von politischem Scharfbild zugezählt. Aber in diesem Falle könnte man, wenn man ihr geneigt wäre, wirklich Bedauern mit ihr empfinden. Sie nimmt zum Motiv für die Reichstagsauflösung und zur Parole für die Neuwahlen ihre Kolonialpolitik! Diese Politik ist im deutschen Volke niemals populär gewesen; stets haben die Volksmassen ihr oppositionell gegenüberstanden. Und diese Opposition hat im Laufe der letzten Zeit durch die fürchterlichen Kolonialgräuelt, durch Kolonialskandale aller Art eine ungeheure Verstärkung erfahren. Das Volk ist mit Recht im höchsten Grade erbittert über das Unheil, das die Kolonialpolitik ihm gebracht hat. Und nun glaubt die Regierung, diese Politik, ihren kolonialpolitischen Willen dazu gebrauchen zu können, durch Neuwahlen eine ihr geneigte Reichstagsmehrheit zu erlangen! Mit unbedingter Sicherheit ist voranzusagen, daß diese Spekulation auf eine neue Niederlage bringen wird. Das Zentrum wird bei den Neuwahlen mindestens seine Schwächung, eher eine Stärkung erfahren. Und nun gar die Sozialdemokratie, die sich kaum jemals bei Neuwahlen in einer so günstigen Position befunden hat wie jetzt. Sie wird, und gewiß mit bestem Erfolg, darauf hinwirken, daß das Volk gründliche Abrechnung mit der Regierung und den in der Wirtschaftspolitik verbündeten Parteien wegen des verwerflichen Zoll- und Steuersystems, wegen der reaktionären Wirtschaft überhaupt halten. Von dieser Abrechnung wird das Zentrum selbstverständlich in erheblichem Maße mitbetroffen; es ist mit den Konservativen und den Nationalliberalen verantwortlich für die Lebensmittelpolitik, die, objektiv betrachtet, dem Volke viel schwerere materielle Opfer auferlegt als die Kolonialpolitik — Opfer, die sich jährlich auf einen Tribut von Hunderten von Millionen an das Agrarlexikon belaufen. Die Wahlbewegung wird für die Sozialdemokratie ein ungemein fruchtbarer Anlaß sein, einen gewaltigen Appell an das Volk zu richten um des Volkes willen! Was will dagegen der Appell bedeuten, den die Regierung glaubt im Interesse ihrer Kolonialpolitik an das Volk richten zu dürfen? Sie wird mit diesem Appell kein Glück haben. Möge man die patriotische Phrase und den gowernementalen Wahlbeeinflussungs-Apparat spielen lassen — es wird nichts nützen. Mit der jetzigen Reichstagsauflösung ist das deutsche Volk an einem großen politischen Wendepunkte angelangt. Seine Parole kann nur die sein, mit der die Sozialdemokratie in den Wahlkampf eintritt: Kampf, äußerster Kampf unter Ausnutzung aller Kräfte gegen das reaktionäre Regiment und seine Bundesgenossen! Kampf gegen die Kolonialpolitik, die uralte Flotten- und Weltmacht-

politik, Kampf gegen die Volksausbeuterische Zoll- und Steuerpolitik! Kampf für das Recht, die Freiheit, die Wohlfahrt der deutschen Nation!

Freunde und Genossen! Mit flammender Begeisterung stimmen wir ein in diese Parole. Möge sie die deutschen Völker sturmesgleich durchbrausen und die gesamte Arbeiterschaft aufrufen zur Erfüllung ihrer Pflicht. An ruhige und gemüthliche Weihnachts- und Neujahrsfeiertage ist selbstverständlich nun nicht zu denken. Wir müssen schaffen, müssen ringen Mann für Mann, auf daß das Resultat der Neuwahlen ein glänzender Sieg der Volks Sache sei.

Auf, Maurer Deutschlands mit der gesamten Arbeiterschaft: Schließt die Phalanx in dichten Reihen mit dem Sturmruuf: **Hoch das Volk! Hoch die Sozialdemokratie!**

## Festgedanken.

Wir stehen vor dem letzten und dem ersten der hohen Feste, die uns der Jahreskreislauf bringt. Nur wenige Tage trennen sie voneinander, das Weihnachtsfest und das Fest der Jahreswende. Zwischen beiden besteht ein tiefer innerer, tiefer Zusammenhang. Was ist uns das Weihnachtsfest? Wir halten uns nicht an den Charakter und die Anschauung, bis theologisches Dogma ihm verliehen hat. Nach diesem Dogma wird es begangen zur Erinnerung an die Geburt des Mannes, von dem das Christentum seinen Ausgang genommen hat. Frommer Glaube hat des Wunders strahlendsten Nimbus um ihn gesponnen, ihn hoch erhoben über alles Menschliche. Jesus von Nazareth erscheint in diesem Glauben als der von Gott einem unglücklichen Geschlecht verheißene Messias, als „Gottes eingebornen Sohn“, der zur Erde herabgekommen, um menschlich lebend ein großes Erlösungswerk zu vollbringen, der Menschheit Schuld zu tilgen und ihr ein dauernd Heil zu sichern. Möge sich in diesem Glauben erheben und glücklich sein, wer da kann — wir teilen ihn nicht. Wir entfernen uns mit unserem Denken und Empfinden, mit unserem Hoffen und Verlangen nicht aus dem Reich der Wirklichkeit. Aber auch in uns lebt und wirkt eine Erlösungs Idee, das erhabene Bewußtsein, daß es der Menschheit natürlicher Beruf ist seit ihrem Anbeginn, durch die Entwicklung und tatkräftige Entfaltung all ihrer Kräfte eine immer höhere Stufe der geistigen, sittlichen und materiellen Kultur zu erringen. Dem Wunder der Menschwerdung des Sohnes Gottes stellen wir die Menschwerdung, die stetig fortschreitende Vermenschlichung der Menschheit als das Faktum gegenüber, das den ganzen großen Inhalt der Geschichte ausmacht. Als Christus kam, war die Menschheit schon seit Jahrtausenden in diesem Entwicklungsprozeß begriffen. Er, der in proletarischer Niedrigkeit geborene arme Zimmermannssohn, hat Nächstenliebe, Brüdertum, Gerechtigkeit gepredigt und dafür als Verbrecher an der bestehenden Ordnung, der Verfolgungswut fanatischer Massen und ihres Anhangs erlitten, den Tod erlitten. Der Zeiten Wandel konnte dieser Tod nicht hindern. Doch entsprach dieser Wandel nicht des Nazareners Lehren. Die neue Kirche und die neue Gesellschaft, die sich zu ihm und seinen Lehren bekannte, hat sich nicht in seinem Geiste betätigt. Unablässig tausend Jahre ist das Christentum die herrschende Religion. Es hat den Traum der Erlösung vom Uebel nicht verwirklicht. Die christliche Kirche und Gesellschaft haben des Nazareners Lehre von Nächstenliebe und Brüdertum in der Praxis des Hohns gesprochen. Die erlösende Liebe, der Geist der Humanität und Gerechtigkeit haben heute



noch wie ehemals zu ringen mit ihren in den Einrichtungen und Verhältnissen der Gesellschaft begründeten Gegensätzen, mit dem Haß und der Lüge, mit Unmenschlichkeit und unterdrückender und zerstörender Gewalt. Man spricht und singt am Weihnachtsfest von „der Liebe, die zur Welt gekommen“ und vom „Streben auf Erden“. Ist da die Liebe, ist da der Frieden und die Gerechtigkeit, wo sich im Interessen-gegensatz und -Kampf die Klassen und die Völker messen, wo nach erworbenem Recht der Mammon herrscht über in Not und Elend sich abmühende Massen; wo die ehrliche Arbeit am Hungertuche nagt, verachtet, mißachtet, unterdrückt und mißhandelt der Besitzüber-macht freuden muß?

Eso genannte „christliche“ Nationen sind es, die ihre beste Kraft darauf verwandten, sich einander in kriegerischer Ruchtheit zu überbieten und beständig mit grauem Massenmord zu bedrohen. Der Militarismus geht am Markt der Nationen und stetige Kriegsgefahr liegt wie ein Alp auf ihnen. Blöder Nationalhaß wird aufgelauscht und verschärft. Mit ihrem „Christentum“ brüsten sich öffentliche Gewalten und herrschende Stände und Klassen, die des arbeitenden Volkes unerschütterliches Recht auf Freiheit und Wohlfahrt nicht anerkennen und unangenehm darauf bedacht sind, sich die schaffenden Massen ohne Rücksicht auf deren Interessen unterwürfig und dienstbar zu erhalten. Unter Berufung auf „christliche“ Staats- und Gesellschaftsordnung treten diese Elemente mit allen ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln dem Bestreben der Arbeiterklasse, ein menschenwürdiges Dasein zu erlangen, gegenüber. Indem sie sagen, dem Volke müsse „Religion und Ordnungssinn“ erhalten oder wieder beigebracht werden, meinen sie die Dressur des Volkes zur Ergebung in den Willen der Herrschenden. Sie selbst nehmen für sich ein Privileg auf Unzufriedenheit, auf die Verleumdung grenzenloser Herrschsucht; Habguth und Genußsucht in Anspruch. Aber dem Proletariat machen sie ein Verbrechen daraus, wenn es, der Erkenntnis der Gemein-samkeit seiner Interessen folgend, sich verbindet, um kämpfend für diese Interessen einzutreten, um für ehrliche Arbeit eine der Höhe unserer Kultur entsprechende menschenwürdige Existenz, frei von des Elends Dual und Kummer, zu gewinnen.

Wenn am Weihnachtsfest ungezählte wackere Proletarier nicht im Stande sind, im Kreise ihrer Familie das schöne Wort der Spenden, durch freundliche Gabe beglückenden Liebe zu üben, wenn in so manchem Proletarierheim nicht der lichte Engel des Friedens und herzinniger Freude, sondern die finstere Sorge und der nagende Hunger walten, so ist das die Schuld der „christlichen“ Gesellschaft, die nicht fähig ist, gerecht zu sein, die auf Ungerechtigkeit gebaut ist und nur durch Ungerechtigkeit existiert. Unter staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen und Verhältnissen, die vom Klassengegensatz und von der Klassenherrschaft bestimmt werden, kann es keine andere Gerechtigkeit geben, als die, die sich das Proletariat selbst erkämpft durch die Macht seiner Organisation. Freiwillig, aus eigenem Entschluß, ist noch niemals eine herrschende Klasse und die ihr dienende öffentliche Gewalt dazu gelangt, Gerechtigkeit in echtem und rechtem Sinne gegen die Massen zu üben. Uebrigens lehrt das offizielle Christentum ja geradezu, daß es nach „göttlicher Weltordnung“ herrschende und unterdrückte Klassen, Herren und Knechte geben muß. Und diejenigen, die der Ungerechtigkeit, der Herrschsucht und mammonistischen Habguth Opfer sind, die Armen, die Elenden, die Verachteten und Unterdrückten, verweist sie auf die „Vergeltung im besseren Jenseits“, wo es „weder Arme noch Reiche, weder Große noch Kleine, sondern nur Kinder eines Vaters“ geben soll. Aber die Massen sind, dem Glauben an dieses Dogma nicht mehr hingebend; sie erkennen die wirkliche Natur und den wirklichen Zusammenhang der staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen und Verhältnisse; sie erfüllen sich immer mehr mit dem Bewußtsein ihrer Menschenwürde und ihres Menschenrechts. Und darin, aber auch nur darin liegt die sichere Gewähr dafür, daß das menschliche Erlösungswort Fortschritte macht, daß die Arbeiterklasse vorwärts schreitet auf dem Wege einer neuen und gerechten Sozialordnung, die das Recht der Arbeit anerkennt und verwirklicht und damit zu einem Siege der Humanität führt, wie ihn größer und herrlicher das menschliche Geschlecht niemals erlebt hat.

An Beweisen für die Wahrheit alles dessen, was wir hier über den gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft gesagt haben, bietet das ablaufende Jahr gar viele. Vor allem ist scharf ins Auge zu fallen, daß gegenüber der stetig wachsenden Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft die Entwicklung der selbständigen Arbeiterbewegung und Organisation, die Entfaltung des

Volksgewisses unter Leitung der Prinzipien des demokratischen Sozialismus sehr kräftig und hochentwickelt war. Die reaktionären Gewalten und die herrschenden Klassen haben ihr Wesen und ihren Charakter, ihre Grundzüge und Bestrebungen nicht geändert. Aber die Arbeiterklasse hat gewonnen an Geist und Erkenntnis, an sittlicher Kraft, an Kampfes- und Opferbereitschaft sowie an Macht, die ihr aus ihren Organisationen erwächst. All die Ungerechtigkeit, all das Unheil, das im Jahre 1906 über sie von den herrschenden Gewalten und Klassen verhängt worden ist — man denke nur an den neuen „Steuerlegen“ — hat wahrhaft revolutionisierend in den weitesten Kreisen des Volkes gewirkt.

Die unter dem Banner der Sozialdemokratie vor sich gegangenen, in wirklichen Volksbewegungen gipfelnden politischen Aktionen (Wahlrechts- und Wahlkämpfe, Massenproteste gegen den agrarischen Lebensmittelmacher zc. zc.) sowie die schweren wirtschaftlichen Kämpfe, die die organisierte Arbeiterkraft gegen das Unternehmertum zu bestehen hatte, sie zeigen ein gewaltiges Erstarren des wahrhaft revolutionären Geistes, der nicht in radikal klingenden Worten, sondern durch die Macht der Taten in die Erscheinung tritt, als die Frucht der Taten.

In diesem Geiste, Freunde und Genossen, mögt Ihr das Weihnachtsfest begehen, eine Feier der Idee der Erlösung und Befreiung, die nur durch Kampf verwirklicht werden kann. Und dieser Geist geleite Euch über die Jahreswende mit uns zu neuem Kampf und neuen Siegen!

### Politische Umschau.

**Aus dem Reichstag.** Nun ist's vorläufig zu Ende mit der Berichterstattung aus dem Reichstage. Ueber seine am 13. Dezember erfolgte Auflösung handelt unser heutiger Leitartikel. Drei Tage vor dieser Aktion erliefte er noch den Seitengewinn betreffs Abänderung der Gewerbeordnung in dritter Lesung. Die Vorlage wurde nach den Beschüssen in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. In der Debatte vorial der Genosse Frohme noch einmal scharf und energisch die Interessen der baugeverlichen Arbeiterklasse, insbesondere ihre Forderung betreffs Beteiligung an der Bau-kontrolle. Sodann waren zwei Sektionen des Interpellationen, betr. die Lebensmittellieferung, gemeldet. Im Grunde mit der Regierung waren die Mehrheitsparteien einverstanden, daß das Volk unter solcher Zerrung zu leiden habe. Nach den Behauptungen konservativer, ultramontaner und nationalliberaler Redner hat die deutsche Arbeiterklasse keine Ursache, zu klagen! Es geht ihr sehr gut. Bei den bevorstehenden Neuwahlen wird das Volk diesen Parteien die gebührende Antwort geben.

Nach dem Artikel 25 der Reichsverfassung muß im Falle einer Auflösung des Reichstages innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen die Neuwahl stattfinden und innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen der neue Reichstag verammelt werden. Als Wahltag ist der 26. Januar angesetzt. Daß der neue Reichstag möglichst bald gewählt wird und zusammen-tritt, ist schon deshalb nötig, weil bis zum 1. April der Etat erledigt sein muß.

Freunde und Genossen! Wir legen Euch dringend ans Herz, auf die Wählerlisten acht zu geben. In jedem Wahlbezirk sind nach § 8 des Reichswahlgesetzes zum Zweck der Wahl die Namen auszuheben, wozu die zum Wählen Berechtigten nach Vor- und Nachnamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden.

Diese Listen sind während der Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu jedermanns Einsicht auszuliegen, und dies ist zuvor unter Hinweisung auf die Einspruchsfrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprüche gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Teilnahme an der Wahl berechtigt, die in die Listen aufgenommen sind.

Auch richten wir an Euch die dringende Mahnung, Euch eifrig mit voller Kraft an der Wahlagitator zu beteiligen. Ein solchster, verächtlicher Mann ist, der in diesem Kampfe nicht seine ganze Schuldigkeit tut!

**Ein Parteitag der Sozialdemokraten in Breußen** sollte zwischen Weihnacht und Neujahr abgehalten werden. In Anbetracht der bevorstehenden Wahlagitator wird jedoch der Parteitag verlagert.

**Der in Aussicht genommene Gewerkschaftszusammenschluß** durch die Auflösung des Reichstages vorläufig gegenstandslos geworden. Sollte die Regierung dem Seitengewinn, betreffend die Berufsvereine, wieder einbringen, so werden die Gewerkschaften auf neue Stellung dazu nehmen.

**Die Schweinefleischpreise steigen wieder.** Der Niedergang der Schweinepreise hat nicht lange gedauert. Es scheint den Anschein, als hätten die Schweinezüchter und -Händler eine vorübergehende Preisermäßigung zu dem Zweck herbeigeführt, um der sozialdemokratischen Fraktion bei ihrer Interpellation über die Fleischnot den Wind aus den Segeln zu nehmen und der Reichsregierung in ihrem Widerstand gegen die Öffnung der Grenzen den Rücken zu stärken. Die Aufwärtsbewegung der Fleischpreise legt an zwei großen Märkten zu gleicher Zeit ein. Aus Maastricht wird gemeldet, daß am Montag im Mannheimer Hofhof der Preiserhöher Schweinefleisch um 1/8 im Werte gegen die Vorlage stieg. Von Köln wird vom Mittwoch gemeldet, daß auf dem Viehmarkt die Schweinepreise eine harte Aufwärtsbewegung zeigten. Sie stiegen bis zu 20 pZt. und erreichten 1,40 pro Kilo.

Dieser Preissteigerung in Mannheim und Köln wird die Steigerung in den übrigen Städten des Reiches, in allen Gegenden Deutschlands folgen. Nach kurz vor der Wahl wird dem deutschen Volke an keinem Morgen die Wirkung der Grenz-sperre- und Zollwucherpolitik gezeigt. Möge es die Lehren der Zeit verstehen!

**Wer verteuert das Fleisch?** Um den Fleischwucher an Tausenden pfernwirtschaftlich nachzuweisen, hängen die Fleischler in verschiedenen Städten in ihren Verkaufsläden Plakate folgenden Inhalts aus:

Ein Schwein lebte vor dem 1. März 1906 an 100 pro Stück. Jetzt kostet es pro 100 kg. 115, — Einfuhr ist aber so gut wie verboten. Ein Schwein von 100 kg Lebendgewicht wiegt frisch geschlachtet 80 kg und kostet an Zoll und Verfrachtbühren 12, — Da nun aber auch frischgeschlachtete Schweine nur vereinzelt eingeführt werden dürfen, würde ein solches Schwein, geschlagen eingeführt ohne Kopf und Hufen 72 kg wiegen und an Zoll und Verfracht kosten 12, — Also Steigerung von 115 auf 120 gleich 4,30 pZt. Eine Kuh oder ein Bullen kostete an Verfrachtszoll vor dem 1. März 1906 pro 100 kg. 11, — Jetzt ist der Zoll pro 100 kg. 11,8 und kostet ein Tier von 500 kg lebend 40, — Das sind 450 pZt. Steigerung. Da aber Lebendvieh nur vereinzelt schlachtet und noch durch Quarantäne und Impfung verteuert wird, muß frischgeschlachtet eingeführt werden, so daß das Rind von 500 kg an Zoll und Verfrachtbühren, geschlachtet 276 kg wiegend, kostet 82,50. Also Steigerung über 900 pZt.

### Zur Charakteristik der christlichen Gewerkschaften.

Das Sächsische „Land“ schreibt: In den christlichen Gewerkschaften sollen Katholiken und Protestanten zusammenarbeiten. Das geht auch ganz gut; habe ich als Protestant doch viele Jahre in einem großen Verein mit strenggläubigen Katholiken zusammengearbeitet, trotzdem ich Gebräuche über Religionsverhältnisse durchaus nicht geteilt habe. Ich habe aus diesen Gebräuchen mancherlei gute Lehren gezogen und unter anderem erlirmt, daß die sogenannte Sächsische Richtung in christlichen Gewerkschaften die einzige praktisch brauchbare ist. Sollte ich über nun besten geben wollen, wie sie die sogenannten liberalen Theologen vertreten, so wären Differenzen unvermeidlich gewesen. Es ist geradezu unmöglich, daß in christlichen Gewerkschaften das religiöse Gebiet niemals getrennt wird, das läßt die antichristliche Agitation der Gegner allein schon nicht zu, deshalb müssen sich entweder die geistlichen Herren, d. h. die protestantischen Pastoren, ganz im Hintergrund halten oder ihre theologischen Differenzen zu Hause lassen. Ich interessiere mich für Arbeiter gar nicht, in welcher Art man Christ ist, für ihn ist man entweder ganz Christ, oder gar keiner; entweder christlich-sozial oder sozial.

Vernünftigerweise sollte für keinen Arbeiter bei richtiger Würdigung seiner Interessen der Konfessionsalismus eine Rolle spielen.

**Die evangelischen Arbeitervereine in Sachsen** wollen im Gegensatz zu den meisten unter Sächsischen Einfluß stehenden evangelischen Arbeitervereinen von einer Anlehnung an die Konfession absehen, denen sie, wie eine Auslassung ihres offiziellen Organs hervorhebt, in erster Linie die Fortschrittlichkeit, die Abkehr von der Ablehnung der Reichsvertragsfreier für die nächsten Verwandtschaftsgrade u. a. m. zu danken haben, nichts wissen. Das offizielle Organ der Konfessionen in Sachsen, das „Vaterland“, konstatiert hierauf etwas pikiert, daß nicht die Leitung der konfessionellen Partei es gewesen ist, welche Verhandlungen mit den Vertretern des nationalen Arbeiter-Bahauschlusses anstrebte, sondern daß das Gemeinlich richtig ist, worauf von dem „Evangelischen Arbeiterblatt“ repliziert wird, daß christliche Gewerkschaften und nationales Arbeiterwahlkomitee nicht ohne weiteres als identisch angesehen werden dürfen.

Die Zentrumsbildung erscheint den Konfessionen in einem außerordentlichen Maße. In einer Polemik gegen den Abg. Sieberts, dem offiziellen Vertreter der christlichen Gewerkschaften, lesen wir in konfessionellen Blättern:

Herr Sieberts redet gegen die Sozialdemokratie als ein bürgerlicher Politiker und im besonderen wie ein Zentrumsmann, um darauf anzuknüpfen, wie ein Sozialdemokrat handeln zu wollen. Im Historischen und Gemischten ist dieser Arbeiterführer Christ und Monarchist, im rein Irdischen und Praktischen Sozialist. Insofern nun aber die Politik die Sorge für den Tag bedeutet — wohl gemerkt: nur insofern —, ist dieser Arbeiterführer mit seiner Sozialdemokratie ohne Zweifel gleich einem Sozialdemokraten zu erachten.

Die Konfessionen haben, wenn sie unter sich waren, über die christlichen Gewerkschaften nie anders geurteilt, sie haben diese Vereine oft genug als „Vorhut der Sozialdemokratie“ bezeichnet und an ihnen ebenso wenig ein gutes Haar gelassen, wie an den freien Gewerkschaften.

### Der Bund der technischen industriellen Beamten hat folgendes sozialpolitische Programm aufgestellt:

1. In der rechtlichen Gleichstellung der technischen mit den kaufmännischen Angestellten, die sich auch auf die der Gewerbeordnung nicht unterstehenden technischen Angestellten in landwirtschaftlichen Betrieben, in den Bergbau- und in den Eisen- und Stahlwerken, in der Schaffung einer nationalen Pensions- und Altersrentenversicherung, in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, in der Verbesserung der gesamten Arbeiterverhältnisse, wobei auch die Schutzbegrenzung für die Kranken- und Unfallversicherung richtig werden müßte;



4. in einer gründlichen Reform des Patentrechts, durch die den technischen Angehörten das Eigentumrecht an den von ihnen herrührenden Erfindungen gesetzlich sichergestellt und ihnen ein gerechter Antheil an dem Nutzen aus der praktischen Verwertung ihrer Patente ausgedehnter gewährt werden möge;
5. in der Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf alle technischen Angehörten, zum Einhalten der beizulegenden mit einem Jahresentkommen bis zu M. 6000;
6. in einer angemessenen Betriehung der technischen Privatbeamten in Arbeitsstätten durch die Schaffung besonderer Angehörtenabteilungen;
7. in der Ersetzung obligatorischer Beamtenausweise.

## Maurerbewegung.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

## Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß.

Durch die am 13. d. M. erfolgte Auflösung des Reichstages ist das Anti-Geuerthalsgesetz vorläufig befeitigt. Der einberufene Kongreß findet daher nicht statt, und erzhöhen sich infolgedessen auch die Wahlen der Delegierten. Die unsrerseits in der vorigen Nummer des „Grundstein“ ausgeführten Wahlen sind also nicht vorzunehmen.

**Materialversand.** Den Zweigvereinen ist übersandt:

- a) zwei Abrechnungsformulare;
- b) eine Aufnahmefiste;
- c) ein Verzeichnis der Ausgeschlossenen;
- d) ein Formular zur Anmeldung der neugeborenen Zweigvereinsvorstände;
- e) zwei Jahresberichts-Formulare;
- f) ein Begleitschreiben.

Ihr Vereine, welche Reiseunterstützung auszugeben haben,  
legt außerdem eine Auszahlungliste bei.

Zweigvereine und Vertrauensleute, welche die vorgenannten Sachen bis Montag, den 24. d. M. nicht erhalten haben, werden ersucht, uns Mitteilung zu machen.

**Die Abrechnung für das vierte Quartal 1906**  
muß in Richtigkeit auf den im Frühjahr 1907 stattfindenden  
Verbandsstag besonders früh eingebracht werden. Alle Ab-  
rechnungen müssen bis zum 15. Januar 1907 in unseren Händen  
sein. In Vereinen ohne oder mit unbedeutenden Betragesausen-  
ständen, kann die Abrechnung sofort aufgestellt und von den  
selben eingeleitet werden.

**Kalender 1907.** Die dritte Auflage ist jetzt vergriffen. Eine weitere Auflage wird nicht hergestellt, da die gemachten Bestellungen hierzu nicht ausreichen.

**Statistik 1905 und Tarifverträge von 1891 bis 1905.** Die Bearbeitung und Brückung der im vorigen Jahre gemachten statistischen Erhebungen ist soweit vorgeschritten, daß die Verendung des Buches in den nächsten Tagen erfolgen kann. Das Werk, das über 400 Seiten Großdruck umfaßt, enthält außer der Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen die von 1891 bis 1905 im Mannergewerbe abgeschlossenen Tarifverträge.

Der Preis beträgt für Zweigvereine und einzelne Mitglieder  
unseres Verbandes gebunden M. 5, im übrigen broschiert M. 10  
gebunden M. 12.

Den Zweigvereinen wird ein Exemplar ohne Bestellung zugesandt.

Esterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitglieds und  
b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und  
der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung aus-  
gegangen ist.

Unterstützungs-Anmeldungen wurden in der Zeit vom  
 10. bis 15. Dezember für folgende Mitglieder erteilt:  
 Aug. Kaiser-Briefen 6, 2r., Verb.-Blr. 56 480; Wils. Winter-  
 Annaburg (Franz), 61 146; Jos. Wam-München (Franz), 283 26  
 Gust. Eddarob-Worßdam (Franz), 95 046; Wils. Schmebl-  
 Neudankfur, 90 240; Carl Ertürk-Zeyher (Franz), 79 734;  
 Franz Jured-Boien (Franz), 43 980; Wils. Pöger-Weins,  
 40 439; Carl Schwaack-Hilbesheim (Franz), 187 949; Rom.  
 Fritzel-Regensburg, 52 269; Franz Heide-Berlin, 137 490;  
 Paul. Martin-Berlin, 10 273; Carl Dencker-Dannover, 32 464;  
 Wils. Habermann-Darmstadt (Franz), 29 878; Albert Goltz-  
 Berlin, 64 789; Aug. König-Berlin (B.), (Franz), 100; Gottlieb  
 Engel-Berlin, 4964; Friedr. Clasen-Blau i. Medl., 4 138  
 Friedr. Sandner-Werder a. d. S. (Franz), 108 900; Franz. Baumert-  
 Eichenach (Franz), 184 891; Jos. Fißl-Gödn, 128 939; Reich-  
 Gelsch-Sommersfeld, 101 171.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den  
Kassierer J. Küster, Hamburg 1, Bejenbinderhof 58, zu  
adressiren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt an-  
zugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 11. bis 17. Dezember sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.  
Bremen u. Umg. M. 1400, Füssli 800, Begehd 450, Rathenow  
800, Schwiebus 100, Reichenhall 100, Bielefeld 27,92, Droißig

(Molengendruif) 5,52, Gölz u. Umgeg. 8906, Rief u. Umgeg. 2400, Wiefelief u. Umgeg. 1600, Bromberg 300, Baumgarten 340,64, Grunna 200, Delfsch 300, Hof a. b. Scale 300, Baur 179,30, Bredford 194,24, Artirn 100, Ederndorf 100, Dörach 100, Barth u. Bomm. 70, Baggow 46,80, Dölsdorf 30,96, Götting 702,90, Raitenbom 300, Glauchau 600, Söhringen 170,24, Gohrenthal-Grünthal 144, Bammel 127,97, Göttingen 80, Albernberg u. Bayern 28,95, Bräunthal 130,97, Schwandorf 10,15, Schwarmberg 167,43, Eiferndorf 200, Dölsdorf (von Sarm-  
Gauburg) 30,65, Wismann-Lubwigshafen 2500, Rentlingen 550, Unterwiesbach 170, Pfaffenkain u. Thüle 150, Osterode  
a. Hatz (von hingeradener Streifenartefizierung aufsteigend) 60,  
Karlshufe u. Umgeg. 1100, Dönsbratt 300, Randaub a. b. Pfalz  
300, Samin u. Bieff. 160, Riebia a. Hatz 87,88.

## b) Für Salenber.

Neumünster 4. 22,50, Rehau 5, Rtern 2, Unterweißbach 10.  
Grehen. 25.

c) Ein Mahnwort zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Rebau M. 5, Gelbing 7,50.

4) Für Futterale.

Distance 80 mi

e) Ihr „Arbeit und Kultur“.

Elbing M. 1.50

## II Bericht der Bauarbeiterschuttkommission 1905.

Nathenow, Bledede, Neumünster, Nebau, Artern, Hohen  
Rein-Ernsthal, Schwarzenbe und Roßla a. Saale je 70 J.

g) „Geschichte der englischen Arbeiter“.

Stephan M. 10.

### Der Verbandsvorstand.

## Berichte.

**Montenbain t. 23:** Am 18. Februar d. J. brannten die Gebäude der hiesigen Affindbrauerei nieder. Die hiesigen Kollegen zeigten in Anbetracht der voraussichtlich dadurch vermehrten Arbeitsgelegenheit an die Unternehmer einen Lohntarif ein, der in der Hauptsache die gehnuldigte Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 32 auf 36  $\frac{1}{2}$  forderte. Die seinerzeit gewählte Lohnkommission wurde von dem in erster Linie in Betracht kommenden Meister F. Gutheil jun. in ganz brutaler Weise abgefertigt mit dem Vermerken, daß er nicht mehr geben könne und überhauptsich auf Unterhandlungen nicht einlasse. Soweit sich die Tatsachen ja bereits im „Grundstein“ bekant gegeben worden. Jetzt kommt es nun an den Tag, daß die hiesige Bau-firma Wöhrne & Riebschind den Wiederaufbau der Brauerei geplant hatte in der Weise, daß sie 8 bis 10 Maurer und einen Polier einstellen wollte. Als diese Angelegenheit rauchbar wurde, wurde die genannte Firma von den übrigen Unternehmern im Maurergewerbe bestrimmt, doch ja hiervon Abstand zu nehmen, da dadurch nur der Lohn in die Höhe gebracht werde. Und die Herren Wöhrne & Riebschind gingen in sich und überließen den Bau der Firma Gutheil jun. Die hiesigen Kollegen mögen hieraus erkennen, daß es den Unternehmern sehr wohl möglich gewesen wäre, wennigstens die angezogenen Forderungen einer Debatte fähig zu halten; gleichzeitig mögen sie aber auch die goldenen Refre daraus ziehen, daß es nur durch festen Zusammenhalt im Zentralverband der Maurer gelingen kann, solche Vorurtheile zur Unmöglichkeit zu machen. Darum. Kollegen, herein alle in den Verband, dann muß für nächste Jahr eine Wendung zum Besseren eintreten.

**Duitsburg.** Die christliche „Baugewerkschaft“ bringt in ihrer Nummer 49 einige Mittheilungen über „Socialen Wahlen – Neue Erfolge“. – Es werden da eine Anzahl Gerichte aufgeführt, darunter auch Duitsburg, wo die Gewerbe-Gewerkschaften am 30. November gewählt sein sollen, wobei die Christlichen 1077, die Nicht-Christlichen 339, die freien Gewerkschaften 376 und die Polen 140 Stimmen erhielten. – Wir nehmen an, daß diese Wahl bei den Christen aus dem Mangel gewesen ist, sonst müßte der christliche Berichtserhalter doch wissen, daß die Gewerbe-Gewerkschaft in Duitsburg schon am 1. Juli ihren Abschlus gefunden hat und durchaus seinen Erfolg für die Christlichen gehabt hat; im Gegentheil haben sich diese Leute dabei eine blamable Niederlage geholt. Im Jahre 1904, wo die freien Gewerbe-Gewerkschaften mit den Nicht-Christlichen ein Wahlbündnis geschlossen hatten, erhielt diese gemeinsame Liste 2750 Stimmen, wogegen die Christlichen 4629 Stimmen auf ihre Liste vereinigten. In diesem Jahr, wo zum ersten Male die Verhältnißwahl stattfand und ein Wahlbündnis zwischen den freien Gewerkschaften abgelehnt wurde, erhielten die freien Gewerkschaften 1852 bis 1880 Stimmen, die Christlichen 1899 bis 1907 und die Nicht-Christlichen 857 bis 900. Insgesamt wurden Stimmen abgegeben: freie Gewerkschaften 9287, christliche Gewerkschaften 9513, Nicht-Christliche 3362. In dem Bezirk Hofsels, wo das ganze Quartier der Christen ist, gingen sie von 1890 auf 1904 zurück, in dem neu gebildeten zweiten Schieferder Bezirk hatten die freien Gewerkschaften die Majorität. Nach diesem Ergebnis erhielten die freien Gewerkschaften zwei, die Christlichen zwei und die Nicht-Christlichen einen Sitz. Das sind die großen Erfolge, die die „Baugewerkschaft“ von Duitsburg hat träumen lassen. Vielleicht läßt das selbe Blatt in der nächsten Nummer, daß auch schwarzen Köhn die Christlichen große Erfolge errungen haben, dort erhielten die freien Gewerkschaften 1638 bis die Christlichen 7880, die Nicht-Christlichen 420 Stimmen. Hoffentlich werden sich unsere Kollegen bei der nächsten Gelegenheit bemühen sein, daß sie ihre ganze Kräfte einzusetzen haben, damit das Gegenteil von dem, was „Baugewerkschaft“ schreibt, zur Wahrheit wird, und Sieg bei künftigen Wahlen sich an die Bahn der freien Gewerkschaften heftet.

**Groß-Beken.** Der hiesige Zweigverein hielt den 2. December seine Mitgliederversammlung ab. Die Anwesenden waren recht zahlreich erschienen. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Neuwahl des gesamten Vorstandes. Die Wahl wurde per Stimmzettel vollzogen, und es wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Die Versammlung erklärte, daß der Vorstand zu voller Zufriedenheit die Vereinsangelegenheiten abgearbeitet hat. Es wurden auch noch

Wißstände auf dem Neubau der Ziegelei Paß gerügt. Die Kollegen arbeiteten über die tarifmäßige Zeit. Der Vorsitzende rügte das Betragen der Kollegen in ziemlich scharfer Weise. Ebenfalls wurde das Alfordmauern des Schornsteins der Ziegelei in einer lebhaften Diskussion von der Versammlung gerügt. Diese Arbeit haben Kollegen von Kurischlag, das zum Zweigverein Gehöndig gehört, übernommen. Die Versammlung hält an den Beschlüssen des hiesigen Zweigvereins fest, daß die Uebernahme von Alfordarbeiten im hiesigen Wohnbezirk verboten ist. Die Versammlung wünschte einstimmig, daß die Kollegen, die an dem Schornstein im Alford gearbeitet haben, in eine vom Zweigverein Gehöndig festzusetzende Strafe genommen werden, die der Lokallasse Gehöndig zufällt. Es wurde ferner gewünscht, daß man die Wirtse unterstütze, die ihre Lokale zur Versammlung hergeben.

**Möhr.** Zum 4. Dezember hatte unser Zweigverein in Suhl eine öffentliche Maurerversammlung veranstaltet, die aber wegen schlechten Wetters leider nicht sehr gut besetzt war. Kollege Rennert aus Eisenach referierte über das Thema: „Sollen die Maurer von Suhl für nächstes Jahr Forderungen zu stellen?“ Redner verlas es, den Kollegen nachzulesen, in welsch traurigen Verhältnissen sich hier in Suhl noch befinden; da das Leben aber immer höher Anforderungen an uns stelle, so sei es doch endlich an der Zeit, daß die Kollegen dafür sorgen, daß ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen auch hier in Suhl besser würden. Sodann ging der Referent auf unsere diesjährige Lohnbewegung ein. Er erinnerte die Kollegen daran, wie am 1. Mai unser noch junge Organisation es wagte, den Herren Unternehmern eine Lohnforderung auf 88 % zu unterbreiten, diese Herren es jedoch nicht für nötig hielten, mit uns zu verhandeln; unsere Kollegen wurden dadurch gezwungen, in den Kampf einzutreten, der zwar nicht mit einem vollständigen Siege für uns endete, aber den Herren Unternehmern gezeigt hat, daß wir es ernstlich mit unserer Forderung meinten. Nachdem wir dann sechs Wochen im Kampfe ausgeharrt hatten, mußten sich die Herren doch beugen, mit unserer Organisation einen Vertrag abzuschließen, der darin lautete, daß eine etwaige Lohnforderung für nächstes Jahr bereits am 15. Dezember d. J. eingureichen ist. Demzufolge bitte er die Kollegen, diese Zeit nicht unbenutzt verstreichen zu lassen, sondern schon jetzt die Forderung zu stellen. Er stelle den Antrag: 46 % Stundenlohn und die gesundheitsbedingte Arbeitszeit zu fordern. Der Antrag wurde von den Kollegen nach längerer Diskussion einstimmig angenommen. Nachdem Kollege Rennert die Kollegen ernstlich ermahnt hatte, nicht nur Witläufer zu sein, sondern kräftig und zielbewußt für unsere Organisation einzutreten, damit die uns noch fernstehenden Kollegen endlich dazu bewegt würden, sich uns anzuschließen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Schweini i. M.** Da unser Vertrag mit dem 1. April nächsten Jahres abläuft und Forderungen bis 1. November dieses Jahres bei der Zinnung eingieracht sein müßten, hat sich der Zweigverein in einer gut besuchten Versammlung mit der Erneuerung des Tarifs beschäftigt. Es wurde einstimmig ein neuer Vertragsentwurf genehmigt, in dem der Stundenlohn auf 58 J. und die tägliche Arbeitszeit auf neunzehnhalb Stunden festgesetzt ist. Außerdem sind in dem Entwurf die üblichen Bestimmungen über die Lohnzahlung, Bezahlung der Ueberstunden, Sonntags- und Nachtarbeit, Abgaben, Krankarbeit usw. enthalten.

## Verbot oder Reform der Akkordarbeit?

## XXVI.

**Gau Cassel.**  
In dem zum Gau Cassel gehörenden Bezirk ist die Alffordarbeit wenig verbreitet, nur die Casseler Faber lieben diese Arbeitsmethode. Versuche, auch in diesem Gau, die Alffordarbeit zu befestigen, sind schon oft unternommen worden, aber immer wieder gescheitert, so auch im Frühjahr dieses Jahres gelegentlich unserer Lohnbewegung.  
Bei Einreichung unserer Lohnforderungen wurde als eine der Hauptforderungen auch Befestigung der Alffordarbeit verlangt, jedoch die Unternehmer ließen sich aus principiellen Gründen darauf nicht ein. Da im allgemeinen eine Einigung erzielt wurde, ließen wir es der Alffordarbeit halber an einem Kaufe nicht kommen.

Die Zugarbeit wird nicht ausgeführt von den am Rohbau befristigt gewesenen Maurern, sondern von sogenannten fliegenden Kolonnen, die von einem Bau zum anderen reisen, daher auch das gespannte Verhältnis zwischen den Maurern und Zugern, wenigstens letztere auch aus den Reihen der Maurer hervorgehen. Bei den Maurern ist durchdum ein unbegründetes Mißtrauen gegenüber den Zugern vorhanden, weil die Maurer annehmen, daß ihnen durch die Affordarbeit der Zuger die Innenarbeit gestaubt wird. Das trifft jedoch nicht zu.

Nicht die Püper find ſchuld, wenn diejenigen, die den Bau hochmauern, nicht auch die Pügarbeit ausführen; die Urfachen find anderer Natur.

Bei der heutigen Bauweiſe verbleibt den Maurern nur die Hochführung der nöthigen Ring- und Traggewölbe, ſonſtige innere Arbeit gibt es für die Maurer nur wenig oder gar nicht mehr.

Es kommt es, daß, wenn der Bau im Noßbau fertig ist, die Mäurer überflüssig geworden sind. Mit der Zubereitung darf aber erst sechs Wochen nach erfolgter Noßbau, abnahme begonnen werden; in dieser Zeit find die Mäurer die den Bau hochgemauert haben, längst bei einem anderen Unternehmer, einige womöglich schon in der zweiten oder gar dritten Arbeitsstelle. Im Baugewerbe gibt es keine Unternehmer mehr; die fortwährend eine bestimmte Zahl Mäurer beschäftigt; wozu dies der Fall, dann könnten sie ja auch selbst die Zubereitungen ausführen, damit jeder etwas von dem Mehrerdienst abbekomme. Weil aber die Verhältnisse, die so geschildert, liegen, müßten diejenigen Mäurer, die an dem Bau, an dem sie gemauert, ihre spätere Arbeitstelle wieder verlassen, wenn sie ihren früheren Bau pupen wollten. Es dabei aber ein materieller Vorteil zu erzielen, wäre, ist fraglich. Innerhalb vier Wochen ist die übernommene Arbeit fertig. Was dann? Es bleiben nur zwei Wege, entweder läuft man einige Tage und sucht sich wieder Mauerarbeit, dann ist der erzielte Mehrerdienst



wieder verloren, oder man bleibt beim Pufen, indem man von einem Bau zum anderen wandert. Das letztere ist in jüngerer Zeit recht oft eingetreten, und manche von denen, die der Affordarbeit den Krieg erklärt hatten, sind mit der Zeit Befürworter dieses Arbeitssystems geworden.

Damit soll die Affordarbeit keineswegs beschönigt oder ihr gar das Wort geredet werden; es kann sich nur darum handeln, die Verhältnisse so zu schildern, wie sie sind. Die Affordarbeit bleibt nach wie vor eine der verwerflichsten Arbeitsmethoden. Bei dem herrschenden Kolonnen-system kommt es oft vor, daß der Kolonnenführer, um sich auch Arbeit für die Zukunft zu sichern, Bauten übernimmt, wenn eben die Ausschachtungsarbeiten beendet sind. Wird nun einmal eine Kolonne durch diese Art der Arbeitsübernahme arbeitslos, dann ist es nicht so leicht, anderswo unterzukommen, es sei denn, daß die Arbeit drängt. Jede Kolonne ist so eingerichtet, daß man weitere Leute kaum einstellen will oder kann. Dann aber wird Nachgeschworen: „Bariet nur“, heißt es dann, „wenn wir einmal wieder einen Bau haben, dann soll nur einer kommen, keiner wird eingestellt.“ Gewiß ein betäubendes Zeugnis unsolidarischen Verhaltens!

Die Folge solcher Zerwürfnisse ist dann ein gegenseitiges Abstreifen der Bauten und Uebernahme der Arbeit recht oft unter Bedingungen, die gegen die bestehenden Vereinbarungen verstoßen. Seit Oktober 1903 sind die Preise für Pugarbeit tariflich geregelt. Trotzdem kommt es noch vor, daß Arbeiten unter dem festgesetzten Preis übernommen werden. Auch eine Folge der Affordarbeit!

Daß die Affordarbeit nicht das Ideal der Arbeitssysteme sein kann, ist aus folgendem zu ersehen. Der Stundenlohn der Maurer ist vom Jahre 1896 bis 1904 von 85 ¢ auf 50 ¢, also um 15 ¢ pro Stunde gestiegen. Während dieser Zeit sind die Preise für Pugarbeit dieselben geblieben; trotzdem hat sich während dieser Zeit der Verdienst der Puger im allgemeinen gehoben, aber doch nur durch größere Intensität der Arbeit, also auf Kosten der Arbeiter selbst, durch vermehrte körperliche Anstrengung, deren Folgen sich dann früher oder später bemerkbar machen. Nur Kurzzeitigkeit kann es also sein, die der Affordarbeit der Lohnarbeit gegenüber den Vorzug gibt.

Neben diesen Schattenseiten der Affordarbeit sollen, um gerecht zu sein, auch ihre Lichtpunkte hervorgehoben werden. Als im Oktober 1903 bei der tariflichen Regelung der Pugarpreise auch eine Erhöhung derselben eintrat, beschloß die Puger, obgleich die Unternehmer eine Verzögerung der Arbeitszeit vertraglich nicht anerkennen wollten, nur noch neun Stunden täglich zu arbeiten (die bisherige Arbeitszeit betrug zehn Stunden).

Diese Höchstarbeitszeit von neun Stunden ist, von geringen Ausnahmen abgesehen, eingehalten worden. Eine solche willkürliche Verkürzung der Arbeitszeit wäre bei Lohnarbeit nicht möglich gewesen. Die Affordarbeit hat auch unserer Organisation in ihren Anfängen nicht geringe Dienste geleistet. Manger Kollege, der sich früher der Agitation und Organisation widmete, wurde deshalb recht oft aus der Arbeit gedrängt, daiente dann die Affordarbeit als Unterschlupf. Ja, es gab eine Zeit, wo die nach außen hin für unsere Organisation tätigen Kollegen fast nur in den Reihen der Puger zu finden waren. Gerade bei der Erstarkung unseres Verbandes, ist das nicht mehr nötig. Würde nun auf dem nächsten Verbandstage ein Verbot der Affordarbeit erlassen werden, dann würde sich gewiß ein großer Teil der Kollegen diesem Beschluß fügen, aber widerspenstige Köpfe würde es trotz des Verbotes auch geben, trotzdem die Abschaffung der Affordarbeit in Gaffel eher möglich wäre als in manchen anderen Orten, und zwar deshalb, weil der Stundenlohn der Puger im Tage-lohn 10 ¢ höher ist als der der Maurer.

Gelingt es, in Zukunft den Lohn im allgemeinen in derselben Weise zu erhöhen wie in den letzten zehn Jahren, dann dürfte für die Puger die Abschaffung der Affordarbeit nur noch eine Frage der Zeit sein. Notwendig ist es deshalb, diese Frage sachlich und ohne Voreingenommenheit zu diskutieren, damit dann, wenn der Beschluß der Abschaffung der Affordarbeit einmal spruchreif wird, ein solcher Beschluß einmütig gefaßt wird, im Interesse jedes einzelnen Kollegen, im Interesse der Solidarität und des brüderlichen Zusammengehörigkeitsgefühls.

## XXVII.

## G. Thüne.

## Gau Hamburg.

Wenn bisher in den Ausführungen über die Affordarbeit wiederholt darauf hingewiesen ist, daß es möglich sei, die Affordarbeit zu reformieren, so haben alle Kollegen dabei im Sinn, den Abschluß eines Affordtarifs mit den Unternehmern als Reform der Affordarbeit zu betrachten. Einer solchen Reformierung stehe ich mit recht pessimistischen Gefühlen gegenüber. Nach meiner Ueberzeugung würde uns diese Reform aus dem Regen unter die Traufe bringen. Namentlich wird das der Fall sein, wenn bei Einführung der Affordtarife auf die Beschränkung der Arbeitsleistung in keiner Weise Bezug genommen ist. Aber auch selbst dann, wenn eine Maximalleistung oder ein Maximallohn fixiert ist, wird nicht nur kein idealer Zustand herbeigeführt werden, sondern wir werden die bestehenden Mängel noch vermehrt sehen.

Bei dem Kampf gegen die Affordarbeit waren bisher folgende Gründe maßgebend:

1. Durch die Affordarbeit wird die Arbeitsleistung bis in das Unmögliche gesteigert.
2. Die Vorteile einer allgemeinen Erhöhung des Stunden- oder Tagelohnes werden durch die Affordarbeit illusorisch gemacht.
3. Die Affordarbeit ist ein Hindernis für die Verteilung der Arbeitszeit.
4. Die Affordarbeit tötet das Solidaritätsgefühl der Arbeiter und läßt den Egoismus — der jedem Menschen mehr oder weniger innewohnt — in seiner häßlichsten Gestalt erscheinen.
5. Wird auch das Angebot der Arbeitskraft durch die Affordarbeit gesteigert.

(Alle anderen Mängel sind als Begleiterscheinungen der genannten Uebelstände zu bezeichnen.)

In den nachfolgenden Zeilen will ich nun versuchen, darzulegen, daß nach Einführung eines Affordtarifs die vorstehenden Gründe keineswegs beseitigt werden.

Die Arbeitsleistung wird bei dem Affordvertrag in erster Linie dadurch gesteigert, daß der Affordarbeiter versucht, durch die Herstellung eines möglichst großen Quantum Arbeit einen möglichst hohen Lohn zu erzielen. Das Streben nach einem sehr großen Arbeitsquantum wird um so mehr vorhanden sein, je geringer der sonst übliche oder tariflich festgelegte Lohn ist. Dieses Streben, die Arbeitsleistung nach Möglichkeit zu potenzieren, wird auch fortbestehen, wenn Affordtarife eingeführt sind. Die Tarifsätze werden selten nach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen oder dem Stande der Konjunktur so normiert werden, daß ein zur Durchschnittsleistung fähiger Arbeiter mehr als im Zeitlohn verdienen kann. Jeder über die Zeitlohn hinausgehende Mehrverdienst muß infolgedessen nach Einführung des Affordtarifs ebenso wie vor Einführung eines solchen durch außerordentlichen Kraftanstrengung herausgeholt werden. Darum ist die Ursache — daß bei der Affordarbeit die Arbeitskraft bis in das Unmögliche gesteigert wird — durch die Vereinbarung eines Affordtarifs keineswegs beseitigt. Dieses könnte eventuell nur durch die Festsetzung einer Maximalleistung geschehen. Daß aber auch hierdurch kein Idealzustand geschaffen wird, darauf komme ich später zurück.

Für die Beschäftigung, daß durch die Affordarbeit die Vorteile einer allgemeinen Erhöhung des Stunden- oder Tagelohnes illusorisch gemacht und die Verteilungen, die Arbeiter zu verzögern, hintangehalten werden, habe ich schon früher in einer kleinen Schrift: „Sind die Hamburger Affordmaurer Streikbrecher oder nicht?“ — die im Auftrage des „Hamburget Gewerkschaftsrates“ herausgegeben ist — den Beweis zahlenmäßig erbracht. Hiernach ist innerhalb eines Zeitraumes von 25 Jahren der Zeitlohn in Hamburg um 30 pzt. gestiegen, wohingegen die Preise für Affordarbeit um ein Bedeutendes zurückgegangen sind.

Daß die Solidarität bei der Affordarbeit schwindet, dafür haben wir in Hamburg recht typische Beispiele. Wenn es auch gerade nicht täglich vorkommt, daß habgierige Kollegen die Entlassung eines minderbeschäftigten Mitarbeiters verlangen, oder daß, wie in einem mir bekannten Fall, die Kollegen, die mit der Leistung von zwei Mitarbeitern nicht ausreichen waren, einen Haufen Stroh zusammen sammeln, dieses unter dem Gesicht der „trägen Kollegen“ legten und dann anzubieten, um auf diese Weise zu demonstrieren, daß man mit der Leistung der auf dem Gerüst Arbeitenden nicht zufrieden war, so genügt es schon, um den Egoismus in seiner nackten Gestalt zu zeigen; desgleichen, wenn täglich in den Arbeitspausen von nichts anderem die Rede ist, als von den Affordüberschüssen, oder von nicht schnell genug arbeitenden Kollegen, die in der brutalsten Weise kritisiert werden, wobei den allen abgeraten Kollegen zu verstehen gegeben wird, daß es besser sei, wenn sie sich nach Zeitlohnarbeit umsehen, weil durch ihre Mitarbeit der Affordüberschuß vermindert werde. Alle diese häßlichen Einzelheiten werden nicht durch einen Affordtarif aus der Welt geschafft. Wie der Kollege Gieshold-Münsterberg dazu kommt, die dänischen Verhältnisse in besonderer Weise zu verzerren, ist mir einfach unverständlich. Auch in Dänemark kann man bei der durch Tarif geregelten Affordarbeit ganz niedliche Wahrnehmungen machen, wie wenn es der Egoismus bringen kann. Vielleicht kennt Kollege Gieshold die dortigen Verhältnisse nicht durch nähere Wahrnehmung. Auch die Tarife für Spezialarbeiten, die Kollege Gieshold angeführt hat, ändern nichts an meiner Auffassung über die Schädlichkeit der Affordarbeit in jeder Form. Gerade bei dem Mangel an Plattenanfeuern, womit auch der Kollege Gieshold meines Wissens beschäftigt ist, tritt in der schärfsten Form zu Tage, daß durch die Affordarbeit das Angebot von Arbeitskräften gesteigert wird. Was will es bedeuten, wenn: a. Heute die Plattenanfeuern in Hamburg das Doppelte pro Tag verdienen als vor zehn bis zwölf Jahren, wenn das Arbeitsquantum dreimal so viel wurde? Welche Auswüchse die Affordarbeit bei den Plattenanfeuern gestattet, kann man daran erkennen, daß vielfach die im Baugewerbe übliche Arbeitszeit nicht genügt, sondern der Sonntag noch mit zur Hilfe genommen wird. Es ist sogar vorgekommen, daß die Frau und ältere Kinder am Sonntag mit zur Arbeitsstelle genommen wurden und mitarbeiten mußten. Dann wird bei solcher Arbeitsmethode nachträglich über den Segen der Affordarbeit gesehelt, wodurch es möglich war, statt des tarifmäßigen Lohnes von 85—90 ¢ pro Stunde — nach altem Sage — Stundenlöhne von 2 bis 2,50 zu verdienen. Wer solchen Umständen gegenüber nicht zucken will, daß sich bei der Affordarbeit die denkbar größten Mängel einstellen, daß das Verstreben, durch die Verteilung der Arbeitszeit die Arbeiterkraft auf eine höhere Kulturstufe zu bringen, hintangehalten wird, daß durch die Steigerung der Arbeitsleistung in das Unmögliche die Reservearmee vergrößert und das Solidaritätsgefühl getötet wird; wer das alles nicht sieht, der muß von einem beneidenswerten Optimismus befeuert sein.

Wenn von der Einführung eines Affordtarifs eine Besserung des heutigen Zustandes erwartet wird, so kann dieses nur unter der Voraussetzung der Fall sein, daß in dem Tarif neben der Preisfestsatzung eine Maximalleistung oder ein Höchstverdienst normiert ist. Aber praktisch wird auch nicht viel dabei herauskommen. In den Zeiten einer guten Konjunktur wäre es vielleicht möglich, daß die tariflichen Bestimmungen mit der Maximalleistung innegehalten werden. Doch bei einer schlechten Periode wird sich die Sache anders gestalten. Nun wird die Disziplin innerhalb der Organisation auf eine weit härtere Probe gestellt werden, als bei einem Verbot der Affordarbeit. Die Probe wird deshalb schwieriger, weil die Affordarbeit an sich für sich erlaubt ist, und bei Mangel an Arbeitsgelegenheit unsere Kollegen sehr schwer der Versuchung widerstehen werden, etwaige angebotene Arbeit unter den tariflich festgelegten Sätzen fertig zu stellen. Eine solche Versuchung wird durch die Unternehmung bei schlechter Konjunktur ständig herbeigeführt werden. Und gerade dieser Umstand ist es, weshalb ich mich bisher für die Einführung der Affordtarife in keiner Weise erwärmen konnte.

Der Kollege Gieshold-Münsterberg vertritt sich von der Garantie eines Mindestlohn — bei Affordabschlüssen — etwas besonderes. Er glaubt, daß hierdurch ein Mittel gefunden wäre, „daß die Kollegen sich auch bei schlechten Arbeiten nicht überanstrengen brauchen, um auf den Tagelohn zu kommen“. Diese Erwartung glaube ich schon

durch die kurze Schilderung der Verhältnisse bei den Plattenanfeuern in Hamburg zerstört zu haben. Zur Ergänzung will ich aber noch anführen, daß in Hamburg in allen Fällen der Mindestlohn garantiert wird, und doch steigt gerade hier die Affordarbeit die schauerlichen Auswüchse, die dieses selbstmörderische Arbeitssystem hervorbringen kann. Die Befürworter der Affordarbeit führen immer an, daß bei Tagelohnarbeit der Unternehmer dasselbe Quantum Arbeit verlangt, wie das bei Affordarbeit geleistet wird, die Mitherei und Ueberlastung sei dieselbe, ob in Afford oder Tagelohn gearbeitet wird. Im großen ganzen ist diese Behauptung wohl für die Orte zutreffend, wo die Affordskuterei so recht zu Hause ist, aber es darf hierbei nicht vergessen werden, daß — namentlich in schlechten Zeiten — die Leistung bei Affordarbeit in der vorhergegangenen guten Konjunktur den Maßstab für die Zeitlohnarbeit abgibt.

Wenn wir die Affordarbeit in dem Sinne reformieren, wie es eine Anzahl Kollegen für notwendig halten, daß Affordtarife eingeführt werden, dann wird an vielen Orten die Affordarbeit ihren Einzug halten, wo man sie in unserem Gewerbe bis heute nur dem Namen nach kannte oder schon seit Jahren abgeschafft hat. Bei einer größeren Verbreitung werden dann bei ungünstiger Konjunktur die Differenzen innerhalb der Organisation in fast allen Orten wegen Tarifbruchs entstehen. Diese Differenzen werden dann entstehen, wenn die Abschlüsse der Affordverträge unter der Kontrolle der Organisation stehen.

Hierfür liefert uns Kiel — ein klassisches Beispiel. In diesem Orte wurde von den Mitgliedern ein Lohnstarif aufgestellt. Weiter wurde beschlossen, daß jeder Affordvertrag dem Zweigvereinsvorstand vorgelegt werden muß. Endlich ist auch eine Grenze gezogen für den Affordüberschuß, und bei einem etwaigen Ueberschreiten dieser Grenze ist der über das tarifliche Maß hinausgehende Mehrverdienst an die Organisation abzuführen. Aber schon jetzt, in einer stillen Bauperiode, wie sie Kiel noch nie gesehen hat, wird dieser Beschluß nicht innegehalten; daraus geht aber sehr deutlich hervor, daß bei eintretender schlechter Konjunktur der Tarif an sehr vielen Baustellen nicht beachtet wird. Dieses ist dann der Moment, wo durch die von der Organisation empfohlenen oder eingeführten Tarife derselbe Jant in der Organisation hervorgerufen wird, wie man solchen durch das strikte Verbot der Affordarbeit befürchtet.

Die Organisation abzuführen. Wie bewährt sich nun dieses System? Nicht überall werden die Bestimmungen innegehalten. Dieses Außerachtlassen der Bestimmungen, betr. die Uebernahme von Affordarbeit, geschieht nun in einer stillen Bauperiode, wie sie Kiel noch nie gesehen hat; daraus geht aber sehr deutlich hervor, daß bei eintretender schlechter Konjunktur der Tarif an sehr vielen Baustellen nicht beachtet wird. Dieses ist dann der Moment, wo durch die von der Organisation empfohlenen oder eingeführten Tarife derselbe Jant in der Organisation hervorgerufen wird, wie man solchen durch das strikte Verbot der Affordarbeit befürchtet.

Die Schwierigkeiten, die Kollege Wöb in der Aufstellung des Affordtarifs erblickt, über die Frage, ob nach dem Muster der Buchdrucker ein Tarif für ganz Deutschland vereinbart werden soll, will ich nicht weiter berühren, weil ich mich der bestimmten Erwartung hingebe, der Verbandstag wird vorfristig der vorgeschlagenen Reformierung aus dem Wege gehen, um damit auch gleichzeitig das im Hintergrunde sich haltende Gespenst eines Reformationskrieges innerhalb der Kollegenschaft zu verdrängen. Wenn man versucht, die Metall- und Holzarbeiter als leuchtendes Beispiel hinzustellen, um für die Reformierung der Affordarbeit Propaganda zu machen, indem man darlegt, daß man auch hier einmal die Affordarbeit bekämpfte, so darf man doch nicht vergessen, daß im Gegensatz zu diesen Arbeiterkategorien die Maurer, mit geringen Ausnahmen, die Affordarbeit in Kolonnen ausführen, wohingegen die Arbeiter anderer Berufe zum größten Teil einzeln Affordabschließen. Den Unterschied zwischen diesen beiden Formen brauche ich nach dem Vorausgegangenen wohl nicht weiter heraufzulegen.

Nach meinen bisherigen Ausführungen hat es nun den Anschein, als wenn ich den Standpunkt vertritt, „es wird fortgenutzt“, wie G. Wöb-Hamburg die bisherige Stellungnahme der Organisation gegenüber der Affordarbeit bezeichnet. Das ist keineswegs der Fall; ich bin nicht dafür, daß „fortgenutzt“ wird, sondern ich möchte, daß die Affordarbeit weit heftiger bekämpft wird, als es bisher der Fall war. Als vornehmstes Kampfmittel halte ich aber die Belehrung und Aufklärung der Kollegenschaft über die Schäden der Affordarbeit. Unter keinen Umständen kann ich mich der Auffassung anschließen, daß Himmel und Erde vergehen werden, bevor es gelingt, durch Aufklärung und Erziehung unserer Kollegen die Affordarbeit zu beseitigen. Wer solchen Standpunkt vertritt, der muß noch nie einen Mißfall auf die Erfolge der Arbeiterbewegung getan haben; wer so pessimistisch über die Macht der Erziehung auf wissenschaftlicher Grundlage denkt, der in solchem Maße zweifelt an den Erfolgen unserer Agitation und Organisationsarbeit, der muß auch den Gedanken aufgeben, daß durch Belehrung und Wissen die Arbeiterkraft eine Macht erlangen wird, durch die es ihr möglich sein wird, sich von der Bedrückung des Kapitalismus zu befreien. Wenn solche Hoffungslosigkeit an der Spitze unserer Organisation mehr und mehr Platz greifen sollte, dann wäre dieses zu beklagen. Bevor wir an eine Reformierung der Affordarbeit in dem vorgeschlagenen Sinne gehen — Affordtarife einführen —, sollten wir uns zunächst noch einmal vergegenwärtigen, ob denn wirklich alles getan ist, was auf dem Wege der Belehrung und unermüdblichen Aufklärung getan werden konnte. Da bezweifle ich das und betrete die Ansicht, daß bisher der Leistung unserer Organisation viel zu wenig Zeit zur Verfügung stand, um bei der Frage der Affordarbeit den Satz — Wissen ist Macht! — zur vollen Geltung zu bringen. Darum wird es Aufgabe des nächsten Verbandstages sein — kein striktes Verbot — keine Reform der Affordarbeit zu beschließen, sondern dafür zu sorgen, daß alles aufgewendet wird, was durch Belehrung und Aufklärung aufgewendet werden kann, um die gesamte Kollegenschaft zu Segnern der Affordarbeit zu machen.



Ueber die Ausbreitung der Affordarbeit im Gau Hamburg sei bemerkt, daß im ganzen Gau nur die beiden größten Zweigvereine Hamburg und Kiel für die Affordarbeit in Frage kommen. In diesen beiden Vereinen beträgt die Mitgliederzahl 8270. Hieron werden noch meiner Schätzung ca. 5500 Kollegen in Afford arbeitend. In den übrigen 82 Zweigvereinen im Gau, mit rund 6700 Mitgliedern, ist die Affordarbeit ausgeschlossen, zum Teil durch Verbot, zum Teil durch tarifliche Vereinbarung, oder die Affordarbeit war noch niemals eingeführt.

Hugo Kober, Hamburg.

## XXVIII.

### Gau Stuttgart.

In unserem Gau wird die Affordarbeit nicht besonders stark betrieben. In Stuttgart wurde bereits im Jahre 1896 die Ausbreitung der Affordarbeit erreicht, und auch heute steht es im Verträge: „Bei den Maurern und Zimmerern ist die Affordarbeit mit Ausnahme der Spezialgeschäfte ausgeschlossen.“

In Heilbronn gelang es nicht, die Affordarbeit völlig aus dem Verträge zu entfernen; jedoch haben unsere dortigen Kollegen freiwillig durch Versammlungsbefehl auf Affordarbeit verzichtet und, was die Hauptsache ist, diesen Befehl auch durchgeführt. Im übrigen Teil des Gaues ist, soweit die Verträge vorhanden sind, die Affordarbeit beseitigt. Trotzdem finden wir aber hin und wieder Affordbauten. Diese werden von fremden Kolonnen hergeführt. Namentlich sind es Italiener, Schweißlöcher, Kämpfer, Rheinpfälzer, zum Teil auch Fliesenleger. Alle miteinander entkommen solchen Orten, an denen viel Maurer wohnen, wo aber keine Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Der Grund zur Lebensnahme von Affordarbeiten ist lediglich in dem Drange nach Erhöhung des Verdienstes zu suchen. Bei diesen Arbeiten wird meistens die Form gewählt, daß einige als Kolonnenführer gelten und die übrigen mit einem den sonst üblichen Lohn um einige Pfennige übersteigenden Zeitlohn abgepflegt werden. Die Affordpreise sind zum Teil um die Hälfte gegen früher heruntergefallen; ein Ausgleich wird nur durch vermehrte Anreizbarkeit und in sehr vielen Fällen durch eine Verlängerung der Arbeitszeit herbeigeführt. Es ist zwölf und mehr Stunden sind bei diesen Kolonnen nichts Seltenes. Solidarität und Rücksichtnahme auf die Einzelmitglieder und die ortsübliche Arbeitsweise gibt es nicht; nur der Egoismus beherrscht solche Affordkolonnen.

Die Maurer in unserem Gau, stehen fast vollständig auf dem Boden der Beseitigung der Affordarbeit, von einer Reform der Affordmethode verpicht man sich bei uns nicht.

Bei den Gipfeln, soweit sie unserem Verbands angehören, ist es ebenso. In Stuttgart konnten nur einigermaßen ordentliche Zustände durch die Verschaffung der Affordarbeit herbeigeführt werden.

Die Plattenleger (Fliesenleger) haben es mit einer Reform der Affordarbeit versucht. Allein ein Teil davon ist schon jetzt auf dem Standpunkt angelangt, daß eine Beseitigung der Affordarbeit auch für die Plattenleger das erstrebenswerte Ziel sein muß. Trotz aller Regelung wollen die Plattenleger nicht verschwinden; immer wieder werden, wenn einzelne Plattenleger sich unbeachtet glauben, die vereinbarten Arbeitszeiten verlängert, dagegen wird oft wieder ohne Grund belangung geschummelt usw. Zudem sucht jeder durch alle möglichen Mittel die vorteilhaftesten Arbeiten zu erhalten. Daß die Kameradschaftlichkeit dabei mehr oder weniger Schaden leidet, liegt klar auf der Hand. Ein deutlicher Beweis, daß auch die „reformierte“ Affordarbeit den Menschen blind macht, so daß er sein eigenes Wohl nicht mehr zu erkennen vermag, ist folgender:

In Stuttgart wurde im letzten Frühjahr der Bahtag für das Plattenlegergewerbe auf den Freitag festgelegt. Verschiedene Firmen waren aber nicht mehr damit einverstanden, sondern verlangten jetzt wieder die Verlegung auf den Samstag. Diese Verlegung ausfallen, wäre uns unmöglich gewesen, weil bereits ein Teil der Plattenleger in den einzelnen Geschäften seine Zustimmung zum Samstag-Bahtag gegeben hatte. Die Verbandsleitung verlegte sich aber trotzdem auf's Handeln und eroberte die Arbeitszeit bereits Mittags um 12 Uhr und bis 3 Uhr muß die Zahlung beendet sein. Durch diese Abmachungen wurde also die wöchentliche Arbeitszeit um 4½ Stunden vergrößert, so daß jetzt 49½ Stunden pro Woche festgelegt sind. Ein Resultat, um das andere Bauhandwerker jedenfalls noch schwere Kämpfe führen müssen. Aber dieses Resultat beschränkt einen großen Teil der Plattenleger durchaus nicht; nach der Meinung dieser Kollegen müßte nicht eine Verlegung der Arbeitszeit angestrebt werden, sondern die „Reform“ der Affordarbeit müßte dahin gehen, daß bei hohen Tariffüssen es jedem gestattet würde, Tag und Nacht, Sonntag und Montag darauflos zu schuften.

Nach meiner Meinung verdirbt die Affordarbeit den Charakter; auch die „reformierte“ wird diese Eigenschaft stets an sich haben. Sie macht den besten Menschen zum Egoisten, weil stets ein Hemmnis für die großen Ideen der Arbeiterbewegung sein — und deshalb sage auch ich: Nicht Reform, sondern Beseitigung der Affordarbeit muß unser Ziel im Bauhandwerk sein und bleiben. Durch einen einfachen Beschluß wird sich dies Ziel allerdings kaum erreichen lassen, aber immerhin dürfte es notwendig sein, etwas ernsthafte Schritte auszusprechen. Es muß jedem die Ueberzeugung eingeplant werden, daß, wenn er ein ganzer Mann in der Organisation sein will, er alles zu tun hat, was geeignet ist, um die Affordarbeit auszumerzen.

O. Stolle.

## XXIX.

### Gau Frankfurt a. M.

Wohl gehen die Ansichten über die Schädlichkeit der Affordarbeit unter den Mitgliedern des Verbandes auseinander, aber erstens jede schädliche Wirkung zu befreien, tragen selbst ausgesprochene Anhänger der Affordarbeit nicht, wenn ihnen nicht durch die gelegentlich erhaltenen Ueberblicke das Logische Denken abhanden ge-

kommen ist. Ohne weiter auf die theoretische Seite der Frage einzugehen, sei hier nur eines kurz erwähnt. Als Maßstab der Affordschädlichkeit dient in der Regel die Bezahlung der Zeitlohnarbeit. Der erzielte Ueberfluß ist deshalb nicht ein Gewinn für den Arbeiter, sondern der Lohn für geleistete Mehrarbeit. Für die stärkere Ausbeutung der Arbeitskraft zahlt der Unternehmer den höheren Tribut, aber sein Risiko wird geringer. Das Vertrauen, die Arbeitsleistung durch Afford zu erhöhen, ist in den letzten Jahrzehnten offenbar von Erfolg gewesen. Dann sind zwar die Zeitlöhne allerorts ganz bedeutend unter den Einflüssen der Organisation gestiegen, aber die Affordpreise sind seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts fast geblieben und sogar in sehr vielen Fällen noch gesunken. Diese Tatsache läßt sich fast in allen Orten, auch in Frankfurt a. M. und anderen Städten unseres Gaues feststellen. Wo unter diesen ungünstigen Verhältnissen sich die Affordarbeit behauptete, ist das zu leistende Arbeitsquantum nur durch Einführung der größten Zwangsmaßnahmen und andere Dinge, die die Augen, die die enorme Verschlechterung der Qualität der Arbeit beweisen. Außer diesen sind andere Gründe vorhanden, die eine Bekämpfung der Affordarbeit notwendig machen.

Im Frankfurter Gau ist die Affordarbeit in unserem Gewerbe erfolgreichsterweise im Abnehmen begriffen, obwohl auch heute noch immerhin ein beachtenswerter Prozentsatz der Kollegen in einigen Orten in Afford arbeitet. In Mainz, wo bis zum Jahre 1888 die Affordarbeit allgemein üblich war, wurde sie vollständig durch die Initiative der Kollegen beseitigt. Ebenso wird heute in Wiesbaden, Darmstadt und einigen kleineren Orten, wo früher teilweise Affordarbeiten ausgeführt wurden, nicht mehr in Afford gearbeitet. Auch die Unternehmer scheinen in diesen Orten einen größeren Wert auf Affordarbeit nicht gelegt zu haben, denn, wie in früheren Jahren, so hört man auch heute nicht, oder selten, daß die Unternehmer auf Affordarbeit drängen. Ein Umstand mag der teilweisen Beseitigung der Affordarbeit hier besonders günstig gewesen sein, daß die Spezialisierung der gesamten Bauarbeiten. Die Bauarbeiten sind in den genannten Orten vom Maurergewerbe vollständig abgetrennt und werden vom Weichbinder, der der Maler- und Weichbinderorganisation angehört, ausgeführt. Die Bauarbeiten werden noch heute überall in Afford ausgeführt, so daß, während heute diese Arbeiter, wie es auch in anderen Städten der Fall ist, unserer Organisation angehören, es wohl kaum möglich gewesen wäre, die Affordarbeit ganz zu beseitigen. Es bestätigt sich auch hier, daß bei den Unternehmern die Meinung, Bauarbeiten in Afford anfertigen zu lassen, bedeutend stärker entwickelt ist, als wenn es sich um Maurerarbeiten handelt. Ob es auch den Kollegen ohne die vollständige Spezialisierung der Bauarbeit gelungen wäre, die Affordarbeit in den erwähnten Städten vollständig zu beseitigen, läßt sich recht schwer entscheiden, doch sind unsere Kollegen in den genannten Orten entschiedene Affordgegner.

Am härtesten ist die Affordarbeit in Frankfurt a. M. verbreitet. Hier dürften zeitweise 50 pSt. der gesamten Kollegen in Afford arbeiten. Die Zahl der Affordarbeiter schwankt auch hier, wie überall. Außerdem arbeiten noch durchschnittlich 30–50 pSt. der Kollegen in Uschaffenburg in Afford, und in Gagnau sind bei einzelnen Unternehmern Affordpartien beschäftigt. Die Zahl der in Gagnau in Afford beschäftigten Kollegen schwankt zwischen 20 und 30, was im Durchschnitt 5 bis 10 pSt. ausmachen dürfte. In allen übrigen Orten unseres Gaues ist die Affordarbeit unüblich, sie wird in seltenen Fällen von den Unternehmern verlangt und taucht in der Regel nur dann auf, wenn größere Arbeiten zur Ausführung kommen und somit Kollegen am Ort nicht wohnhaft sind, um die Arbeiten fertigstellen zu können. Sobald Kolonnen von außerhalb herangezogen werden, wird in den meisten Fällen in Afford gearbeitet. In dieser Form findet sich selbst auf dem platten Lande die Affordarbeit ein. Es kann öfter vorkommen, es kann aber auch 10 bis 20 Jahre dauern. Sehr selten sind in diesen Fällen die Afford gearbeitet. Sehr selten sind in diesen Fällen die Unternehmer die Dränger zur Affordarbeit, in den meisten Fällen sind die Kollegen die Urheber.

Es sei nun gestattet, mit wenigen Worten auf die hier übliche Form der Affordarbeit eingegangen, das zu mancherlei interessanten Betrachtungen und Schlussfolgerungen Veranlassung geben dürfte. Vorherrschend ist hier bisher das sogenannte Zwischenmeisterstystem, ebenfalls eine Art Kolonnenafford, wo aber nicht die gesamten Kollegen die Verantwortung tragen, sondern der Zwischenmeister, den man hier mit dem Namen Partieführer belegt. Der Unterschied ist folgender: Beim gewöhnlichen Kolonnenafford bestimmen die Kollegen in der Kolonne ihren Partieführer oder Kolonnenführer, der dann für die Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten hassen muß; tut er es nicht, wählt die Kolonne einen anderen Kollegen. Beim Zwischenmeisterstystem ist der Zwischenmeister ebenfalls ein Kolonne, der auch gewisse Funktionen erhält, aber dafür nicht den Kollegen, sondern dem Unternehmer verantwortlich ist. Der Zwischenmeister oder Partieführer stellt die Kollegen ein und entläßt sie; er zahlt bis zum Jahre 1904, bis zur Aussperrung, den gesamten Lohn aus, ebenfalls die Affordüberschüsse, und setzte ebenfalls für die einzelnen Kollegen den Lohn fest. Bei den früher herrschenden Klassenlöhnen waren diese Partieführer in vielen Fällen die eigentlichen Urheber des Klassenlöhnsystems; was in den einzelnen Fällen gespart wurde, fiel dem Partieführer zu, der in der Regel ein gutes Geschäft dabei machte. Nicht selten war der Partieführer einer der schlimmsten und argsten Lohndrücker. Was in früheren Jahren durch dieses Zwischenmeisterstystem für unendliche Schwindelei und Betrug getrieben worden ist, welche ungeheuerliche Unmoralität dem ganzen System anhaftete, erkennt man am besten aus dem hier landesüblichen Sprichwort: „Es ist noch kein Partieführer ehrlich gestorben!“ Und so ist es in der Tat auch heute noch teilweise. Der Partieführer und einige Schmarotzer stehen bei allen denartigen Affordarbeiten den Kolonnen ein und zahlen den Kollegen, was sie wollen. Der eine Kollege erhielt A 2, der andere A 4, ein dritter gar A 5 am Bahtage an Lohn mehr, und

dadurch erfährt er dann, daß in Afford gearbeitet wird. Einen wirklichen berechenbaren Ueberfluß, der durch bestimmtes Ausmaß erfolgt, kennt man nicht. Seit der großen Aussperrung im Jahre 1904 haben wir dem System die schlimmsten Giftgase ausgegeben, dem Partieführer wurde laut Vertrag die ganze Lohnzahlung entzogen, eine Maßregel, die damals ungeteilte Zustimmung fand.

Solange wir es hier nur mit dem Zwischenmeisterstystem zu tun haben, wäre es, abgesehen von den unmoralischen Tendenzen, den Betrügereien und Gannereien, die dieses System in sich trägt, weniger gefährlich. Hätten wir es im Frankfurter Gau nur mit diesem System des Affords zu tun, würde die Affordarbeit bei einer stark entwickelten Organisation entweder bedeutungslos sein oder bis auf wenige Ueberreste bald verschwinden. Es ist ein Affordsystem, an dem die Kollegen so wenig wie die Unternehmer interessiert sind; nur die Partieführer und ihre Trabanten sind die Förderer und Anhänger davon. Es ist dieses eine veraltete, überlebte Methode der Affordarbeit, die durch die Zeit, besonders durch die Entwicklung des Verkehrrschwunders überholt ist.

In Frankfurt a. M. ist z. B. der Maurer und Bauarbeiter mehr als vielleicht in irgend einer anderen Stadt in Deutschland nicht fähig, sondern ländlicher Proletariat. Er wohnt teilweise sehr weit vom Arbeitsort entfernt. Die Arbeitsvermittlung ist für ihn sehr zeitraubend und mit größeren Kosten verbunden. In früheren Jahren, bei mangelhafter Verkehrrsentwicklung, war es noch schwieriger, auch für den Unternehmer. Aus rein wirtschaftlichen Gründen schob sich hier in früheren Jahren mit einem gewissen Maß von Berechtigung der Partieführer zwischen und vermittelte im Interesse der Unternehmer und Arbeiter. So wie auch in früheren Jahren die heute verurteilte „unethische“ Rolle gespielt haben, soll hier nicht unterstellt werden. Heute befoht zunächst eine bessere Verkehrrsentwicklung die Arbeitsvermittlung, und auch die Organisation sucht die Arbeitsvermittlung zu übernehmen und sie in zweckmäßiger und vorzuziehender Form auszugestalten.

Nehmen wir kurz: In Frankfurt a. M. fehlt heute jede ökonomische Berechtigung und auch jedes Interesse, den Zwischenmeisterstystem zu erhalten, er wird deshalb verschwinden in der alten Form, er steht nicht mehr in Ueberezeugung bereits im Absterben. Er wird in modernisierter Form als reiner Kolonnenafford wieder auftauchen. Die Partieführer werden am wenigsten begreifen können und begreifen wollen, daß ihre Rolle ausgespielt sei, sie werden auch in der neuen Form die zugedachte Rolle mit eingeschränktem Rechten gern übernehmen.

Bedeutend schwieriger würde es sein, den Kolonnenafford zu beseitigen, der in den letzten Jahren in Frankfurt a. M. in der Entwicklung begriffen ist. Er tritt in derselben Schädlichkeit und Fähigkeit auf, wie überall. Dasselbe Muffet und Schufterel, dieselbe Insolidität in der Ausführung der Arbeit, besonders bei dem tiefen Baudeckelung, dessen Verantwortlichkeitseigenschaft Null ist, breitet sich diese aus. Weiter an dieser Stelle darauf eingegangen, ist überflüssig, da in der letzten Zeit in Frankfurt a. M. dies ausfindig gegeben ist. In Frankfurt a. M. werden die gesamten Bauarbeiten von unseren Kollegen ausgeführt, deshalb dürften auch hier bei Beseitigung der Affordarbeit größere Schwierigkeiten zu überwinden sein als in Mainz, Wiesbaden, Darmstadt und anderen Orten, weil hier die Unternehmer größeres Interesse an der Affordarbeit haben.

Bei den Spezialgruppen: Fliesenlegern, Malern, Zementarbeitern usw., sind nur in Wiesbaden die Preise durch Affordarbeit geregelt. In Frankfurt a. M. ist laut Tarif die Affordarbeit ausgeschlossen; diese Bestimmung soll aber von einigen Kollegen durchbrochen werden.

Welche Stellung in den nächsten Jahren die Organisation nehmen, und besonders welche Entscheidung der nächste Verbandstag fällen soll, ist nach dem, was wir bisher erfahren, nicht schwer zu sagen. Ein Verbot durch Verbandstagsbeschluss würde ein untaugliches Mittel sein; es würde nicht die Beseitigung erzwungen, sondern zum Mittel der Förderung des Affords in unserem Gewerbe werden. Auch für die Reform der Affordarbeit kann ich mich auf dem nächsten Verbandstag nicht entscheiden, damit würde sie sich ebenfalls größeren Eingang verschaffen. Einige Jahre energischer Agitation und Auffklärung würden einem späteren Verbandstag eine viel leichtere und sicherere Entscheidung in die Hand geben, eine Entscheidung, die nach gründlicher Prüfung erfolgen würde.

## XXX.

### Gau Köln.

Im Gau Köln ist bei den Maurern Affordarbeit nicht üblich. In den Spezialgewerken der Fuger, Fuger, Kabinen- und Spanner, Fliesenleger und Kanalmaurer wird fast durchweg in Afford gearbeitet. Die Kanalmaurer haben in Köln ein Schwindeleistersystem; die Kollegen arbeiten zu einem vertraglich festgelegten Stundenlohn. Im Verbandslande ist die Spezialarbeit nur sehr wenig durchgeführt, und fast sämtliche Arbeiten werden von den Maurern in Zeitlohn ausgeführt. Im Zweigvereinsgebiet Köln gehören die Spezialarbeiter unserem Verbande an; in den Orten Düsseldorf, Greifeld, M. Gladbach, Negebi, Aachen, Düren und Bonn nennen sich die Fuger: Fliesenleger und Statutäre, und gehören dem Statutärverbande an. Die Fliesenleger von Düsseldorf und Aachen-Eberfeld sind größtenteils in der „Anarcho-freien Vereinigung“. Überall bestehen heute für die Spezialgewerke tarifliche Vereinbarungen.

Während die Kölner Fliesenleger neben dem Affordtarif auch die Bestimmung im Verträge haben, daß der Stundenlohn unter allen Umständen ausgezahlt werden muß (Garantierung des Lohnes), erhalten die Fuger usw. nur nach Aufmaß Abschläge. Die Kölner Fuger und Fuger, ebenso die Fliesenleger haben schon um die Beseitigung der Affordarbeit schwere Kämpfe geführt. Im Jahre 1903 entwickelte sich aus dem vierzehnwöchigen Fugertreue die Aussperrung der Maurer und Bauhülfsarbeiter; obgleich die Fuger im ganzen 17 Wochen freitren, gelang es nicht, die Affordarbeit zu beseitigen. Es kam nur zur Festlegung von bestimmten Afford-



preisen. Gleichfalls streikten 1903 und 1906 die Fliesenleger um die Verrückung der Arbeitszeit. In diesem Jahre stand die Bewegung sehr günstig, und der Erfolg wäre zweifellos auf unserer Seite gewesen, wenn nicht nach dreiwöchigem Kampfe die christlichen Führer umgefallen wären und erklärt hätten, bei Garantieung des Stundenlohnes den Vertrag abzuschließen zu wollen, was dann auch geschah. Die Unternehmer bewilligten die Garantie, und nach der Befriedigung der christlichen Mitglieder war vorausgesetzt, daß diese ihren Führern folgten. Für uns blieb im Augenblick nichts anderes übrig, wie anzunehmen, wolle wir nicht wieder den Bruderkampf führen. Die christliche Führerschaft hat in diesem Falle wieder den Erfolg verhindert.

Besonders im Fliesenlegergewerbe zeigen sich, neben den allgemeinen Erscheinungen, ganz besondere Mißstände, indem es sich um ganz verschiedenartige Arbeiten handelt. Der Unternehmer resp. dessen Stellvertreter verteilt die Arbeiten an die Leger. Während bei verschiedenen Arbeiten verhältnismäßig leicht der festgesetzte Stundenlohn erreicht und auch überschritten wird, kann bei anderen Arbeiten trotz größter Anstrengung der Lohn nicht erreicht werden. Wehe nun demjenigen Leger, der sich durch irgendwelche Ursache unglücklich gemacht hat, oder gar zu den „Aufseßern“ gehört, er wird mit schlechten Arbeiten so lange bestraft, bis er wegläuft; und dann kann man den Unternehmer nicht einmal fassen, da er ja nicht gegen den Vertrag verstoßen hat. — So liegen sich noch eine ganze Menge spezieller Uebelstände schillern. Doch genug davon. Was ist nun zu tun, um die Schäden, die diese Arbeitsmethode zeitigt, zu beseitigen.

Ist ein Verbot durch Beschluß einer Generalversammlung oder ist die Reform durch einseitige Anerkennung und Regelung nach Tarifen das rechte Mittel? Ich sage: Nein, keines von beiden. Nach meinen Erfahrungen ist die Arbeitszeit durch Verbot überhaupt nicht zu beseitigen. Hier bestimmen nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer über die Arbeitsmethode. Meiner Meinung nach kann die Arbeitszeit in den überaus meisten Fällen nur durch den Kampf beseitigt werden. Hierzu gehört allerdings eine aufgeklärte Kollegenchaft. Wenn nicht der Wille bei den Kollegen vorhanden ist, an der Verrückung zu arbeiten, dann würde ein Verbot ein Schlag ins Wasser sein, da sie sich daran nicht stören würden, und wir schließlich noch eine große Anzahl Kollegen ausschließen müßten, die sich dann zu unseren Gegnern schlagen würden. Es würde aber in diesem Falle auch die Reformierung und Regelung nach bestimmten Tarifen kein Zota an dem heutigen Zustande ändern, da ja die schädlichen Wirkungen der Arbeitszeit, weniger durch die Arbeitsbestimmungen als vielmehr durch den Geist hervorgerufen werden, von dem die Arbeitsarbeiter befeelt sind.

Sind aber die Arbeitsarbeiter gewillt, für die Beseitigung zu kämpfen, dann drohen die Unternehmer mit der Aussperrung größerer Arbeitergruppen, wodurch für die beteiligten Organisationen die Situation wieder schwieriger wird. Trotzdem, meine ich, soll man gegebenenfalls, selbst auf die Gefahr verurteilter Kämpfe hin, nicht davor zurückschrecken, den Kampf zu wagen. Nun wird von einigen Kollegen die Auffassung vertreten, daß es Unsinn sei, um die Abschaffung der Arbeitszeit zu streiken. Dieser Auffassung bin ich nicht. Wohl erkenne ich den Satz: „Die Abschaffung der Arbeitszeit ist keine Frage des Kampfes, sondern eine Frage der Erziehung“ (cum grano salis) an. Sind aber die Kollegen erzoogen, das heißt haben sie die Notwendigkeit der Beseitigung der Arbeitszeit erkannt, dann dürften wir aber erst noch schwere Kämpfe zu führen haben, um die Beseitigung zu erringen. Denn das wollen wir doch nicht vergessen, daß die Unternehmer selbst bei Zahlung verhältnismäßig hoher Arbeitslöhne nicht auf die Beseitigung freiwillig eingehen werden, da für sie ja immer noch viele Vorteile bestehen. Dann kommt noch ein anderes Moment hinzu, was uns veranlassen muß, die Sache nicht vom Gesichtspunkt des Verbotes oder der Reform zu beurteilen. Besonders in den letzten Jahren sind wir immer mehr zu der Erkenntnis gekommen, daß bei den in Aussicht stehenden gewaltigen Kämpfen mit dem Unternehmertum eine Zersplitterung der Arbeiter in viele kleine Organisationen nicht günstig ist. Besonders bei unseren Berufsorganisationen der Spezialgewerbe, soweit diese nicht schon Anknüpfung an unseren Verband gefunden, ist das Bedürfnis nach Aufnahme in den größeren, stärkeren Verband immer dringender geworden. In den meisten dieser verwandten Gewerbe resp. Spezialgewerbe herrscht jedoch die Arbeitszeit vor, zum Teil tariflich geregelt. Es würde bei einem Verbot seitens unseres Verbandes der Anschluß dieser Gruppen sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden.

Nun sagt man: Ja, soll dann so weiter gewürfelt werden?

Ich sage: Nein! Nach meiner Meinung handelt es sich nicht darum, heute darüber zu beschließen, ob Verbot oder Reform der Arbeitszeit, sondern darum: Wie schaffen wir die Möglichkeit, ernsthaft den Kampf gegen die Arbeitszeit aufzunehmen? Da mache ich den Vorschlag, der Verbandstag soll dem Vorstände die dringende Mahnung auf den Weg geben, nicht nur die Notwendigkeit der Abschaffung der Arbeitszeit zu propagieren, sondern er soll da, wo die Kollegenchaft gewillt ist, den Kampf dagegen zu wagen, wenn irgend möglich seine Zustimmung zu diesem Kampfe geben. Weiter sollen alle Verbandsfunktionäre gehalten sein, in regelmäßigen Perioden durch mündliche und eventuell schriftliche Agitation die schädlichen Wirkungen der Arbeitszeit den Mitgliedern vorzutragen. Hierin ist bis jetzt noch nicht besonders viel geschehen. Daraus ist den in Frage kommenden Kollegen kein Vortrags zu machen. War doch unser Hauptstreben bis jetzt vornehmlich auf die Ausschöpfung des Verbandes gerichtet. Bei dieser sehr notwendigen Arbeit ist nicht nur die Schulung in Bezug auf Erkenntnis der Schädlichkeit der Arbeitszeit, sondern sehr wichtige Grundzüge der Arbeiterbewegung sind zu kurz gekommen. Ich erinnere nur an die Frage der Arbeitszeitverkürzung. Gaben wir nun in dem letzten Punkte die Versammlung der letzten Jahre in diesem Jahre durch um so intensiver Propagierung wieder gut zu machen gesucht, dann kann dasselbe in den folgenden Jahren mit der Wirkung über die Wirkungen der Arbeitszeit

geschehen. Wenn allerseits mit dem genügenden Nachdruck und guten Willen mitgearbeitet wird, die Arbeitszeit zu beseitigen, dann dürfte der Erfolg auf unserer Seite sein.

Ernst Wulst.

### XXXI.

Die Frage der Arbeitszeit ist in den letzten Wochen innerhalb der Organisation lebhaft erörtert worden. Daß die Arbeitszeit momentan nicht durch Verbot aus der Welt geschafft werden kann, mag manchem Kollegen einleuchtend sein. Gewiß haben wir eine Organisation, die an Stärke zugenommen hat. Nun wäre die Frage zu erörtern: Können wir auf Grund unserer Stärke diesen Beschluß herbeiführen? Ich bejahe es. Denn nach den letzten Feststellungen ist es noch eine ganz erkleckliche Zahl den Kollegen, die der Organisation noch fernstehen. Die Folge des Beschlusses würde sein, daß die Arbeitslöhne und Indifferenten Sonderorganisationen gründet würden, die uns bei Lohnkämpfen gefährlich werden könnten. Nachdem durch die Gewerbestände festgestellt ist, daß nur ein Bruchteil unserer Kollegen Bauarbeiter in Afford ausführt, könnte man schließlich so weit gehen, alle, die in Afford mauern aus der Organisation auszuschließen, was mancher sagen. Wie sieht es aber mit den Spezialisten? Es ist doch Tatsache, daß unsere Spezialisten zum größten Teil in Afford arbeiten. Würde der Verbandstag beschließen, jegliche Arbeitszeit in Afford zu verbieten, so würden die Spezialisten (auch die Kutter sind gemeint) Peter und Morbio fahren und die Folge würde sein: unsere Spezialisten würden uns den Rücken kehren. Nun ist auch nachgefragt worden, ob es nicht möglich sei, die Arbeitszeit tarifmäßig zu regeln, und zwar so, daß man die Arbeitspreise so hoch setzt, daß es den Unternehmern Angst und Bange wird, Arbeitszeit ausführen zu lassen. Auch über dies Hindernis werden die Arbeitslöhne hinweggenommen. Würde die Arbeitszeit tariflich geregelt, so würde das Arbeitslohn noch eine weitere Ausdehnung annehmen, als dies leider jetzt schon der Fall ist.

Meine Ansicht geht dahin: die Organisation darf sich niemals dazu geben, die Arbeitszeit zu unterstützen, sei es durch Reform oder sonstige Einrichtungen. Das Zweckmäßigste wird sein, innerhalb der Organisation die Masse der Kollegen auf die Schädlichkeit der Arbeitszeit hinzuweisen, dann wird auch die Zeit nicht mehr fern sein, wo wir unserem Ziele näher kommen.

Nicolaus Dackmann, Offenbach a. M.

## Vom Bau.

### Anfälle, Arbeiterschlag, Submissionsen etc.

Kollegen! Unterlagt nie, von Anfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Baustellen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

So am Sonntag, den 18. Dezember, Vormittags 10 Uhr, ereignete sich am Neubau des Unternehmers Drilling in der Submissionsstraße ein schwerer Unglücksfall. Zwei Maurer waren im Treppenhause in der vierten Etage mit Bogen beschäftigt. In dem ganzen Treppenhause war kein einziges Schutzgitter vorhanden. Plötzlich brachen die vierstellige Mauerstücke (Streichhölzer) durch und beide Maurer stürzten in die Tiefe. Schwerverletzt wurden die Bedauernswerten mittels Drohkote nach dem Krankenhaus gebracht. Die Verletzungen sind sehr schwer, daß es zweifelhaft ist, ob die Verunglückten wieder erwerbsfähig werden. Wie lange soll es noch dauern, bis sich die Bodener Polizeiverwaltung dazu aufschwingt, einmal energische Schritte zu unternehmen und diesen unhygienischen Zuständen ein Ende zu machen? Der Bau der Bodener Bauarbeiterchaft nach besserer Schutz wird nicht eher beendigen, bis ihm Genüge geschieht ist.

Am Montag, 26. November, ereignete sich auf einem Neubau in der Bremerhavenerstraße, den die Firma Rode & Kroll ausführt, ein tödlicher Unglücksfall. Der Maurer Carl Füllgraf stürzte 3 m hoch vom Gerüst in den Keller. Während des Falles griff er nach einer auf dem Gerüst stehenden halbbollen Kalkballe, die er aber sich hinweg mit in die Tiefe rief. Der Verletzte land nach fünf Minuten. Waren am Gerüst die nötigen Vorkehrungen gewesen, so hätte der Verunglückte unter keinen Umständen die Balje über sich hinweggehen können und so vielleicht mit leichten Verletzungen davon gekommen, während er nun sein Leben lassen mußte. Der Verletzte hinterließ eine Frau und vier unminorende Kinder. — Sonnabend, 8. Dezember, Morgens 8 Uhr, stürzte bei der Schornsteinbau-Firma Gebrüder Wessel in Bremen am Schornstein der Grobher Bauplatenfabrik der Maurer Hugo Bau aus einer Höhe von 20 m auf unaufgeklärte Weise ab. Der Verunglückte wurde bewußtlos nach der in der Nähe gelegenen Wube des Volkers getragen. Nach einer halben Stunde kam er unter den Händen seiner Kollegen. Am Sonntag, den 2. Dezember, brach an dem genannten Schornstein der Galgen ab. Es war schon mehr als ein Wunder zu bezeichnen, daß damals niemand sein Leben verlor. Die Böden bei der Firma sind so traurig, daß der Verletzte einen Lohn von 100 und 120 Mark bekam, der zu den Leistungen der Schornsteinmänner in gar keinem Verhältnis steht. Unzufällig erinnert uns, daß die Unfallstelle bis heute noch nicht von der Berufsgenossenschaft untersucht worden ist. — Montag, den 10. d. M., ist am Neubau des Hinderpohl's ein Baueinsturz passiert, bei dem sich der Maurerpolier Godegast schwere Verletzungen zuzog, an deren Folgen er am 16. d. M. verstarb. Der Bau ist ziemlich fertig. In der Hinterfront sollten einige Säulen für Ballons mittels Stahlseile ausgegossen werden; dazu wurde ein Gerüst gebaut, dessen Anker beim Betreten von der Wanne brach, so daß alle aus einer Höhe von etwa 6 m in die Tiefe stürzten. Die folgenden drei kamen mit geringen Verletzungen davon. Der Bau wird vom Unternehmer Welle ausgeführt. Bei einem vom selben Baumeister aufgeführten Wannenbau stürzte vor einigen Wochen ein Bauarbeiter ab und blieb tot auf dem Platz. Auch hier wäre durch geeignete Schutzvorrichtung das Unglück vermieden worden.

Zuffendorf. Am Neubau des Unternehmers Nordmann in der Hüttenstraße stürzte Samstag, den 8. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, der Maurer Gustav Jansen von der dritten

Etage auf die Straße und blieb schwer verletzt mit Arm- und Beinbruch und Kopfverletzung liegen; er wurde von der Feuerwehr nach dem St. Josefkrankenhaus gebracht. Bauarbeiter bei diesem Unfall war, daß zur ersten Abklärung sein Verbandszug zur Stelle war. Erst die Feuerwehr brachte das Nötige mit. In der Unfallherkunft Baueinsturzordnung wird wohl ein Verbandsmitglied verlangt, aber, wie dieser Unfall zeigt, wird sie schlicht befolgt. Für den verletzten Maurer war es noch ein Glück, daß das Feuerwehrgeschäft sich in der Nähe befand und schnell Hilfe zur Stelle geholt werden konnte. — Montag, den 10. Dezember, stürzte ein Baueinsturzarbeiter an dem Umbau des Unternehmers Waber in der Graf Adolfsstraße von der ersten Etage ab und brach das Genick. Der Tod trat auf der Stelle ein. Wie Augenzeugen erzählten, war sehr schlecht abgedeckt. Den Kollegen betrauten Wibel und Kind. — Am Neubau des Unternehmers Peter Jankat in der Dammstraße stürzte ein Baueinsturzarbeiter so unglücklich durch die Deckung des Aufzuges aus einer Höhe von 16 m herunter und wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht; an seinem Aufkommen wird zweifelhaft. An der Aufzugsöffnung, wo die Wagen eingeholt werden, war keine Schutzvorrichtung vorhanden. — Friedrichsberg i. S. d. L. Am 6. d. M. verunglückte am Bau des Unternehmers Hoffmann der Zimmerer L. Weist aus Seibitz. Infolge Überfüllung des Gerüsts fiel ein Biegel aus der Höhe der zweiten Etage dem B. auf den Kopf, so daß er demütiglos nach Hause gefahren werden mußte.

W. r. s. Am dem Neubau des Evangelischen Krankenhauses, den die Firma Koch & Wreden aus Somburg ausführt, stürzte am 7. Dezember ein 18 Jahre alter Maurer, als er einen Baum zu einem Gerüst holen wollte, 15 m in die Tiefe. Wundüberfüllt brachte man ihn in die Wundbude. Nach einer halben Stunde wurde er auf eine Verlethare gelegt und zum Krankenhaus gebracht. An seinem Aufkommen wird zweifelhaft. Der Unglücksfall beweist auch neue, wie berechtigt und unbedingt notwendig unsere Forderungen nach besserem Bauarbeiterchutz sind. Das Unglück hätte vermieden werden können, wenn die Balkenlage abgedeckt gewesen wäre. Auch an Gerüstholz hat es gemangelt. Sehr bezeichnend für die überwachende Tätigkeit der Baupolizei ist die Auswertung des schädlichen Bauführers, der nach dem Unglück meinte: „So, ja, ich habe schon immer gesagt, hier fehlt die Abdeckung.“ Also er hat's schon lange gewußt, daß dort leicht ein Unglück passieren konnte. Warum hat er es dann aber seiner Behörde nicht gemeldet? Der Unternehmer Wreden, Vorsitzender des Arbeiterverbandes, Ortsgruppe Somburg, scheint sich auf die Nachlässigkeit der Behörde zu stützen und zu glauben, die Unfallverhütungsmaßnahmen nicht innehalten zu brauchen. Wenn einer unserer Kollegen dort vorstellte, würde zweifelhaft Beseitigung von Mißständen, oder auf Innehalten des Tarifes drang, würde er sofort entlassen. Überhaupt läßt der Bauarbeiterstand im ganzen Kreise Wreden viel zu wünschen übrig. Die Bauten werden im Automobilt tempo in einigen Wochen „hockgemacht“, ob dabei ein mehr oder weniger freie gebunden eintritt, das verlässig, das verlässig, das verlässig, wenn nur recht hohe Dividenden dabei herauskommen. Arbeiter, macht auf! Stärkt Euer Organisation, damit Ihr mit ihrer Hilfe die Mißstände beseitigen könnt. Wählt Vertreter in die Parlamente, die unsere Interessen dort vertreten, die für die Anstellung von Baufunktionären aus Arbeiterkreisen eintreten.

Norheim. Montag, den 10. Dezember, stürzte auf einem Neubau des königlichen Forsthauses unter dem Forstherge der Maurer Heinrich Fischer aus Hostenen im Treppenhause aus einer Höhe von 8 m bis in den Keller. Es war weder Treppenhause noch Keller abgedeckt. Bald nach dem Unglück wurde der Keller im Treppenhause schnellst möglich abgedeckt. Fischer wurde Freitag, den 14. Dezember, in die Göttinger Klinik gebracht, wo er seinen Verletzungen erliegen ist. Der Bau wird vom Baumeister Heinrich Barndt ausgeführt. Derselbe fährt auf einem Bau auf der Beumfahrt in Herbergen aus, wo weder Balken noch Träger abgedeckt sind.

Deinhäusen. Mittwoch, 6. Dezember, fiel von der zweiten Etage am Neubau des königlichen Forsthauses ein Zimmererlehrling der Firma Schütte zu Minden herab. Der Voller brachte ihn zum Arzt und von da nach dem Krankenhaus.

Wittenburg. Am 18. Dezember stürzte am Neubau des Baumeisters Treutow der Maurer Heinrich Wembrandt von der ersten Balkenlage auf einen untenliegenden T-Träger so unglücklich, daß er schwer verletzt nach Hause gefahren werden mußte.

### Aus anderen Berufen.

\* Der „Regilarbeiter“, das Organ des Verbandes deutscher Regilarbeiter, hat eine Auflage von 100.000 Exemplaren überliefert. Im Anfang des Jahres betrug die Auflage 75.000 Exemplare, in elf Monaten ist es den Regilarbeitem gelungen, ihrem Verband 25.000 neue Mitglieder zuzuführen. Die Nr. 49 des Blattes, worin dieses erfreuliche Ereignis angekündigt wird, erscheint zwölf Seiten stark. Eine Reihe von Artikeln nimmt darauf Bezug. Der Regilarbeiterverband gehört mit zu den Gewerkschaften, denen ihre Aufgaben am schwierigsten gemacht werden. Auf der einen Seite ein rückwärtsgerichtetes und brutales Unternehmertum, auf der anderen Seite eine Arbeiterchaft, die sich an vielen Orten erst die allernötigsten Bedingungen zu einem auch nur einigermaßen kulturverehrenden Leben erkämpfen muß. Dann der Kampf gegen die schädlichen Auswüchse der Frauen- und Kinderarbeit, den viele Organisationen führen muß. Wir wünschen, daß der Regilarbeiterverband recht bald 200.000 Mitglieder bekommen möge. Um so besser wird er dann seiner Aufgabe gerecht werden können.

### Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände.

Berlin, den 26. und 27. November 1906. Die dritte Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände war berufen mit besonderer Rücksicht auf die Notwendigkeit, anlässlich der Vorlage des Gesetzesentwurfes, betreffend eingetragene Berufsvereine, einen außerordentlichen oder allgemeinen Gewerkschaftskongress einzuberufen. In die Entscheidung über diese aktuelle Frage schlossen sich weiter Beratungen an über den internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongress zu Stuttgart 1907, über die Weiterbildung und Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Unterstruktur, über die Auslegung der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses betreffend Streikunterstützung, über die Frage der Jugendorgane.



lation und über die Herausgabe eines Jahrbuches der deutschen Gewerkschaften.

(Die Einberufung des Gewerkschaftskongresses ist infolge der durch die Auflösung des Reichstages infällig geworden. Mit der Auflösung ist vorläufig auch der Entwurf, betreffend die Berufsvereine, in der Revision verfallen. Bis zum neuen Reichstag entweder der alte oder ein abgeänderter Entwurf vorgelegt wird, haben die meisten Gewerkschaften Zeit, sich auf ihren Generalversammlungen mit der Frage zu beschäftigen. Die Red. des „Grundstein“.)

In Bezug auf die Delegation zum nächstjährigen Internationalen Kongress in Stuttgart hatte der Parteivorstand eine Kontingentierung der Delegiertenzahl der deutschen Partei auf 800 vorgeschlagen, wonach auf die politische Partei und auf die Gewerkschaften je 150 Vertreter entfielen. Die Zustimmung der Konferenz zu dieser Einschränkung vorausgesetzt, unterbreitete die Generalkommission geeignete Verteilungsvorschläge, denen die Konferenz zustimmt. Es soll darauf hingewirkt werden, daß die Frage des 1. Mai noch auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt und ferner ein Protokoll der Verhandlungen in der deutschen Delegation herausgegeben wird. Auch soll die Frage einer Vervollständigung des Abstimmungsmobils auf diesen Kongress in Stuttgart zur Förderung gebracht werden.

Die Beratung über die gewerkschaftlichen Unterichtsursache ergab aufseits Zustimmung für deren Weiterführung. Zahlreiche Redner sprachen sich auch für deren Ausdehnung aus. Um so mehr erregte es Verwunderung, daß der Vertreter des Holzarbeiterverbandes erklären mußte, die Mehrheit seines Vorstandes habe beschlossen, in Zukunft nicht mehr Mitglieder an den Kursen teilnehmen zu lassen, da es sich nicht rechtfertige, solche Einrichtungen nur einzelnen zu gute kommen zu lassen. Mit Recht wurde dem entgegengehalten, daß es dem Vorstande ja freistehe, nicht bloß Verbandangehörige, sondern auch agitatordisch befähigte Mitglieder an den Kursen teilnehmen zu lassen, und daß es sich sogar empfehlen, auf diese Art einen kräftigen Nachwuchs von Verbandvertretern heranzuziehen, anstatt die ohnehin überlasteten Gewerkschaftsbeamten noch mit der Teilnahme an den Kursen zu überbürden. Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer stellt in Aussicht, daß sein Verband in jedem Jahre 50 Mitglieder zu den Kursen delegieren werde. Würden die anderen Gewerkschaften den Kursen das gleiche Interesse entgegenbringen, so werde man bald solche Kurse während des ganzen Jahres mit bauernd besoldeten Lehrkräften abhalten können.

Am übrigen wurden zahlreiche Wünsche in Bezug auf den Termin der Kurse, auf die Gestaltung derselben und auf die Drucklegung der Vorträge geäußert. Für eine Ausdehnung der Kurse auf die Dauer von sechs Wochen erklärten sich 28 Vorstände. Nur fünf Vorstände stimmten 17, während 18 Vorstände erklärten, daß ihre Organisationen auch Frühjahrskurse abhalten könnten. Den Ausführungen des Vorsitzenden, daß eine kritische Verbreitung der Unterrichtsursache in der Fachpresse vermieden werden möge, stimmt die Konferenz zu.

Die Beratung über die Auslegung der Kölner Resolution 1905, betreffend Streikunterstützung, bediente eine Reihe von Unzutrefflichkeiten auf, die sich im Verlaufe der Unterstreichung von Streik und Ausprägungen aus allgemeinen Sammlungen ergeben hatten. Es zeigte sich, daß die Konferenz im allgemeinen der Auffassung der Generalkommission zustimme, wonach Unterstreichungen aus allgemeinen Mitteln nur während der Dauer von Ausständen erlaubt werden sollen, darüber hinaus nur in ganz außerordentlichen Fällen. Die Konferenz stimmt folgender Regelung zu:

„Zur Frage der allgemeinen Streikunterstützungen gilt als Grundlag, daß mit der Beendigung des Kampfes, für den gesammelt wurde, auch die Ausprägung der gesammelten Gelder an die betreffende Gewerkschaft aufhört.“

Es bleibt der Generalkommission überlassen, in dem Falle, daß sich die betreffende Gewerkschaft bei bezw. kurz nach der Beendigung des Kampfes, für den gesammelt wurde, und infolge desselben in einer ganz außerordentlichen Notlage befindet, nachzuprüfen, ob sich eine weitere Unterstreichung nach Beendigung des Kampfes noch rechtfertigt.“

Zur Frage der Jugendorganisation berichtet Regien, daß die Generalkommission, durch die Berliner Jugendorganisation zur Stellungnahme veranlaßt, mit dem Parteivorstande über diese Frage verhandelt habe, da eine einheitliche Behandlung der Frage, seitens der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung erwünscht sei. Die Generalkommission halte eine besondere Zentralorganisation der Jugendlichen nicht für zweckdienlich, weder in der Vertretung wirtschaftlicher Interessen, noch auf dem Gebiete der Jugendberziehung, sondern eher als nachteilig. Nicht die Schaffung einer Jugendorganisation, sondern eine zweckentsprechende Organisation der Jugendberziehung müsse die Aufgabe sein, an der Partei und Gewerkschaften gleichermaßen arbeiten sollten. Die Organisation der Jugendlichen Arbeiter müssen sich die Gewerkschaften mehr angelegen sein lassen. Die einzelnen Gewerkschaftsvorstände und Verbandstage sollten sich eingehend mit der Frage befassen, wie die Jugendlichen zu den Gewerkschaften besser heranzuziehen und in diesen zu erhalten seien. Dann müsse sich der nächste Gewerkschaftskongress besonders mit der Frage der jugendlichen Arbeiter und des Lehrlingswesens beschäftigen, wozu die nächste Vorstandskonferenz entsprechende Vorschläge unterbreiten könne.

Die Konferenz stimmte diesen Ausführungen zu. In letzter Stelle beschäftigte sich die Konferenz mit der Herausgabe eines Jahrbuches. Der Vorschlag teilte mit, daß die Generalkommission ein solches Jahrbuch herausgeben wolle, sobald die Konferenz der Vorstände ein Bedürfnis dafür anerkenne. Das Jahrbuch solle dann in Halbjahresheften im Gesamtumfang von 20 bis 30 Bogen erscheinen und die Statistiken der verschiedenen Art sowie die Berichte über die Kongresse und Generalversammlungen in etwas erweiterter Form enthalten, wodurch das „Corr.-Bl.“ wesentlich entlastet würde und mehr seinen weiteren Aufgaben gerecht werden könnte. Die

Gratiskaufgabe des Jahrbuches sei auf 2000 bis 3000 Exemplare bemessen, doch könne es darüber hinaus auch weiteren Gewerkschaftskreisen zum Selbstkostenpreise von etwa M. 1.20 pro Jahr zugänglich gemacht werden. Auszugsweise werden die Statistiken und Kongressberichte im „Corr.-Bl.“ natürlich auch in Zukunft beibehalten.

Nach kurzer Debatte erklärten sich 26 Vorstände für die Notwendigkeit der Herausgabe eines Jahrbuches, und 11 dagegen.

Eine Anregung in Bezug auf ein einheitliches Schema für Ueberrichtsbestimmungen wurde dem Antragsteller zur weiteren Ausarbeitung und Mitteilung an die Gewerkschaftsvorstände überlassen. Damit war die Tagesordnung der zweitägigen Konferenz erschöpft.

## Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

### Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Der große Vorzug der Krankenversicherungen und freien Hilfskassen liegt darin, daß hier bezüglich der Geschäftsführung der Arbeiter — wenigstens jetzt noch — das entscheidende Wort haben. Die Arbeiter können als ihre Vertreter in den Generalversammlungen und als Vorstandsmitglieder solche Personen wählen, welche die nötige Kenntnis von den Arbeiterverhältnissen haben, um den berechtigten Wünschen der Kranken Mitglieder möglichst Rechnung zu tragen. Nicht dieser Arbeitervertreter ist es dann aber auch, ihr wichtiges Amt wirklich im Interesse der Krankheitsmitglieder zu verwirklichen. In diesem Sinne soll die Verwaltung der Krankenkassen mütterlich sein.

Dies ist aber leider nicht immer der Fall. Hier ein sehr reiches Beispiel dafür. Ein minderjähriger Arbeiter, der Mitglied einer Krankenkasse ist, erkrankte und wurde zunächst von seinem Krankenkassenarzt behandelt. Da es aber dem Kranken an der nötigen Pflege mangelte, wollte der Arzt ihn in ein Krankenhaus überführen, wogegen der Kranke bat, daß er zu seinen Eltern, die in einer anderen Stadt wohnen, gebracht werde. Diesen Wunsch kam der Arzt nach. Am folgenden Tage hat die Krankenkasse durch den Vater des Kranken Mitteilung davon erhalten. Der Kranke ist dann in seinem neuen Aufenthaltsort durch einen Arzt behandelt worden, der zu der Krankenkasse in keinem Vertragsverhältnis steht. Die Krankenkasse hat dem Kranken Krankengeld gewährt und — ohne jedoch eine Verpflichtung dazu anzuerkennen — die Kosten der Arzneien übernommen, verweigert aber die Übernahme der Kosten für den Transport nach dem neuen Aufenthaltsort und für die dort erfolgte ärztliche Behandlung des Kranken im Betrage von zusammen M. 14.

Die Sache kam vor das braunschweigische Verwaltungsgericht. Nun hat zwar das höchste Oberverwaltungsgericht im Jahre 1902 ausdrücklich als das gute Recht eines Kranken anerkannt, daß er sich selbst seine weitere Behandlung an seiner Familie in eine andere Stadt begeben kann. „Es würde“, so wird in der Entscheidung ausgeführt, „eine mit dem Grundgedanken des Gesetzes nicht vereinbare, durch seine ferner bestimmten gerichtsärztliche Hilfe fern, wenn man einem der betroffenen Krankheitsmitglieder, das fern von seiner Familie am Beschäftigungsort erkrankt und dort nicht die nötige Abwartung und Pflege finden kann, zumuten wollte, trotzdem sich entweder in seiner schließliche ärztlich behandeln zu lassen oder in das Krankenhaus zu geben.“ Würde dieser Grundsat auf den vorliegenden Fall angewendet worden sein, dann hätte auch dem minderjährigen Kranken das Recht der Ueberführung zu seinen Eltern nicht abgesprochen werden können. Denn ebenso wie ein Familienvater zu seiner Familie, wird sich auch der Sohn zu seinen Eltern hingezogen fühlen, wenn er krank und der Pflege bedürftig ist.

Leider hat die Auffassung des höchsten Oberverwaltungsgerichts, die auch wir als die naturgemäße Konsequenz des Grundgedankens der Krankenversicherung betrachten, in der Praxis keinen Anklang gefunden. Vielmehr ist die Ansicht vorherrschend, daß die Krankenkasse nur dort, wo das Mitglied erkrankt ist, die gesetzlich vorgesehene Krankenfürsorge zu leisten braucht. Nach dieser Auffassung geht das erkrankte Mitglied seines Anspruchs auf ärztliche Behandlung verlustig, wenn er sich nach seiner Erkrankung ohne Genehmigung der Kasse von seinem bisherigen Aufenthaltsort entfernt. Dieser Ansicht schloß sich der braunschweigische Verwaltungsgerichtshof an und wies den Arbeiter mit seinem Anspruche ab.

Trotzdem ist der Vorwurf des Urteils die denkbar schlimmste Klage für die Krankenkasse. Denn es wird in dem Urteil u. a. gesagt: Das Gericht habe nur die Frage zu beantworten, ob die Kasse zur Zahlung einer M. 14 gezwungen werden könne. Diese Frage müsse verneint werden. Anders aber verhalte es sich mit der Frage, ob die Kasse die Forderung des Kranken Arbeitslohn nicht aus Billigkeitsgründen hätte erfüllen sollen: „Daß der Kranke keine Ueberführung in sein Elternhaus gewünscht hat“, heißt es nämlich, „ist selbstverständlich. Man kann ihm daraus um so weniger einen Vorwurf machen, als er die Möglichkeit der Zahlung offenbar nicht gekannt und als er die Möglichkeit der Zahlung nicht gekannt hat. Wenn man hinzunimmt, daß die Kasse nicht anerkannt, die Aufnahme des Kranken in ein Krankenhaus veranlaßt und daß die Krankenkasse dadurch erhebliche Kosten gehabt haben würde, so möchte man wohl wünschen, daß sich der Krankenvorstand nicht so ablehnend verhalten hätte; die Zahlung der M. 14 wäre mit seinen Willkür sehr wohl vereinbar gewesen.“ Daß sich ein Krankenvorstand von einem Gericht in dieser Weise über das Gehör der Billigkeit belehren lassen muß, ist sehr bedauerlich.

Sie sollten die Krankheitsmitglieder eingreifen und in den Vorstand nur solche Leute wählen, die es an der nötigen Rücksicht auf Billigkeit nicht fehlen lassen. Selbstverständlich wollen wir nicht, daß unbedingte Forderungen einzelner Arbeiter auf Kosten der anderen erfüllt werden. Noch viel weniger denken wir daran, daß solche Leute begünstigt werden, die darauf ausgehen, die Kasse durch unwahre Angaben zu betrogen. Davon aber kann in dem vorliegenden Fall keine Rede sein. Der arme Arbeiter hat nur das getan, was jeder andere verständige Mensch in gleicher Lage ebenfalls tun würde. Deshalb hätte ihm der Krankenvorstand sowohl entgegenkommen müssen, wie es nach dem Gesetz zulässig war.

Wir behandeln den vorliegenden Fall deshalb so ausführlich, weil wir die Arbeiter überzeugen möchten, wie notwendig es ist, daß sie sich um die Krankenkassengeschäfte mehr als bisher kümmern. Wo die Arbeiter wirklich geeignete Personen

in den Krankenvorstand wählen, sind solche Fälle bürokratischer Härte nicht lange andächtig. Das ist gerade der Segen der Selbstverwaltung der Arbeiter.

In der Unfall- und Invalidenversicherung dagegen, bezüglich deren Verwaltung die Arbeiter gar nichts, aber so gut wie gar nichts zu sagen haben, werden die Mängel schlimmer und schlimmer. Die Versicherungsanstalten und die Landesversicherungsanstalten kommen mit immer neuen Auslegungen der Versicherungsgeetze, die für die Arbeiter nachteilig sind. Ein Arbeiter verunglückte bei der Zufuhr von Baumaterial für einen Bau, der landwirtschaftlichen Zwecken dienen sollte. Das Fuhrwerk war von dem Bauern, einem Landwirt, gestellt, und es war ein solches, das in der Regel vom Bauern für die Zwecke seines landwirtschaftlichen Betriebes benutzt wurde. Diese Umstände veranlaßten die Versicherungsanstalt, den Unfall als einen solchen des landwirtschaftlichen Betriebes und nicht des Baugewerbes hinzustellen.

Der Unterschied ist für die Arbeiter von einer großen praktischen Bedeutung. Gilt der Unfall eines Bauarbeiters als ein solcher, der sich im landwirtschaftlichen Betrieb ereignet hat, dann wird für die Berechnung der Rente nicht der wirkliche Lohn des berufstätigen Arbeiters, sondern der Lohn zu Grunde gelegt, den nach der Schätzung der Behörden die landwirtschaftlichen Arbeiter der betreffenden Gegend beziehen. Dieser Lohn ist viel geringer, als der wirkliche Lohn der Bauarbeiter. Daher kommt es, daß die Vollrente für einen berufstätigen landwirtschaftlichen Arbeiter einer geringeren Betrag ausmacht, als die Vollrente für einen Bauarbeiter. Die „Auslegung“ der Versicherungsanstalt kommt also darauf hinaus, daß der Bauarbeiter mit einer viel geringeren Rente abgefunden werde, als ihm zusteht, wenn der Unfall als ein solcher des Baugewerbes anerkannt wird.

Der Arbeiter ließ sich aber diese „Auslegung“ nicht gefallen. Er erhob Klage vor den zuständigen Gerichten und das bayerische Landesversicherungsamt sprach ihm schließlich die höhere Rente zu. Die Versicherungsanstalt wurde durch das Urteil darüber belehrt, daß in der Zukunft das Baumaterial der Art der Bauausführung zu erlösen ist. Hieran wird auch dadurch nichts geändert, daß ein Unternehmer zum Ansahren des Baumaterials ein Fuhrwerk benutzt, welches sonst landwirtschaftlichen Zwecken dient. Das Fuhrwerk selbst bleibt allerdings an sich ein landwirtschaftliches. Aber nicht die Art, die Verfuhr über die allgemeine Zweckbestimmung des benutzten Verkehrsmittels entscheidet über die versicherungswidrliche Verurteilung einer Arbeitsunfähigkeit, sondern die Zweckbestimmung dieser Tätigkeit selbst. Und in dem vorliegenden Fall dient die Verfuhr von Baumaterial nicht dem landwirtschaftlichen Betriebe, sondern dem Baugewerbe. — Diese Beweisführung des bayerischen Landesversicherungsamtes ist so nabelgenau und selbstverständlich, daß es nicht gut möglich ist, weshalb die Versicherungsanstalt das sich nicht selbst hat lagern können.

In diesem Falle ist wenigstens das oberste Gericht gegen die Auslegung der Versicherungsanstalt eingeschritten. Das geschieht jedoch durchaus nicht immer. Ein Arbeiter behauptete, daß er infolge eines Betriebsunfalls an epileptischen Anfällen leide. Die Versicherungsanstalt stellte fest, daß der Arbeiter wegen seines Leidens keine bisherige Arbeit nicht mehr fortsetze, aber in demselben Betrieb bei einer anderen Arbeit und zu demselben Lohn wie früher beschäftigt sei. Die Versicherungsanstalt verweigerte eine Rente, da der Arbeiter nicht geschädigt sei. Das zuständige Schiedsgericht wies den Arbeiter mit seinem Entschädigungsanspruch ebenfalls ab. Eine Gewerbebehinderung, die auf den Unfall zurückzuführen sei, könne nach der Meinung des Schiedsgerichts als vorliegend nicht erachtet werden. Dem begehrenden Krankenausgange gegenüber habe der Arbeiter ehrlich zugegeben, er melde den Unfall nur, weil er nicht wisse, wie sich seine Zukunft gestalten werde. Auch ergebe die Auskunft des Betriebsunternehmers, daß der Arbeiter einerseits in seiner Leistungsfähigkeit gegen früher nicht herabgesetzt sei, andererseits eine Lohnsteigerung nicht erlaube.

Wir halten diese Entscheidung für unzutreffend. Daß ein epileptischer Arbeiter weniger leistungsfähig ist als ein gesunder, ist in allgemeinen klar, wird aber auch durch diesen Fall wieder bestätigt; denn der Arbeiter mußte so wegen seines Leidens seine frühere Arbeit aufgeben, er konnte sie nicht mehr leisten, war also weniger leistungsfähig geworden. Wie falsch es ferner ist, wenn darauf so großer Wert gelegt wird, daß der berufstätige Arbeiter denselben Lohn wie vor dem Unfall erhält, zeigt sich erst, sobald der Arbeiter seine bisherige Arbeitsstelle verliert und nun infolge seines Leidens keine passende Arbeit oder eine solche nur bei geringerem Lohne findet. Wendet sich dann der Arbeiter an die Versicherungsanstalt und beansprucht eine Entschädigung für den Lohnausfall, so bekommt er die Antwort, daß sein Zustand habe sich nicht verändert, daher beste ihm das Recht auf eine nachmalige Festsetzung der Entschädigung nicht zu. Hiergegen kann er dann nichts machen. Die Lohnhöhe wird demnach nur berücksichtigt zum Schaden des berufstätigen Arbeiters, nicht aber auch zu seinem Vorteile. Das entspricht ganz und gar nicht der Billigkeit.

## Polizei und Gerichte.

\* **Streikführer.** Am 11. Dezember fanden in Würzburg die letzten Streikführer vom diesjährigen Maurerstreik vor Gericht. Es waren dies die Kollegen Reibel von Rimpard, Ling von Gillingen, Seuffert von Vordach und Heintze von Heidenberg. Am 18. Juni nahm der Unternehmer Schramm am Bahnhof Mottendorf per „Arbeitswille“ in Gumpfen und schaffte sie mit einem Fuhrwerk auf Umwegen nach Würzburg. Daß hatten aber die Streikenden Kenntnis hier von erfahren. Die „Arbeitswille“ wurden von unseren Kollegen auf ihr Verhalten aufmerksam gemacht und erfuhr, daß sie unangenehm. Hierbei soll zuerst einen auf dem Wagen sitzenden „Arbeitswille“ am Arm gefaßt haben, während Ling und Heintze mit ihren Fahrgästen vor dem Gefährt herliefen. Trotzdem keiner von den als Hauptzeugen geladenen Kollegen Schicks und Rogendörfer etwas Bestimmtes auszusagen konnte und ebenfalls der als Zeuge geladene „Arbeitswille“, gab sich der Rechtsanwalt alle erhebliche Mühe, ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung zu konstruieren, weil Seuffert gegen § 153 soll: „Wacht keine Streikführer“, dies sei schon eine Verletzung, ebenso sei eine Räumung gegeben, weil die 30 Streikende um das Fuhrwerk herumgekommen seien. Für Ling und Seuffert beantragte er 14 Tage Gefängnis, bei Heintze lasse er die Frage einer Verurteilung offen. Bei Reibel, der den Führer in die Bängel gefallen ist und seinen Stuhl drohend erhoben hat, wozu, wie er annehme, sich die Leute auf dem Wagen bedroht



fällten, beantrage er vier Wochen Gefängnis. Der Verteidiger Dr. Felix Freudenthal II. trat in allen Punkten der Auffassung des Amtsanwalts entgegen. Er führte aus: Durch nichts ist bewiesen, daß sich die Angeklagten eines Verbrechens gegen § 153 der Gewerbeordnung schuldig gemacht haben; vielmehr ist eine Verurteilung einzutreten, dann würde das ganze Koalitionsrecht illusorisch gemacht; es ist nicht Recht der Arbeiter, zu streiken, um sich günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Das tun auch jetzt die besten Arbeiter. Vor drei Tagen war in einer hiesigen Zeitung zu lesen: „Ein Arzt nach Wimpas wird gesucht“; gleich daneben stand: „Kollegen, geht nicht nach Wimpas, es ist dort Mordort“. Bräutigam. Der Arztverband. Dies sei das Beste, was die Arbeiter tun, höchstens in anderer Form. Der Verteidiger kommt zu dem Schluss, daß sämtliche Angeklagten freigesprochen werden müssen. Kein einziger Zeuge hat hier behauptet, daß sich jemand bedroht oder beleidigt gefühlt hat, auch kann nicht erwiesen werden, daß bei einer Zahl von 20 bis 25 Personen einer der Angeklagten sich schuldig gemacht hat. Auch Reibel mußte freigesprochen werden, weil der Anführer behauptet, er habe sich wegen dessen Stolz nicht gefürchtet, er habe lediglich gegen die Verleumdungen. Nach langer Beratung wird folgendes Urteil verkündet: Die Maurer Ed. Hinz, Josef Seuffert und Job. Scheinle werden von einem Vergehen gegen die Gewerbeordnung unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen. Josef Reibel wird zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt, weil dadurch, daß er den Worten in die Hände fiel, die auf dem Wogen. Eigenden sich bedroht fühlen konnten. Die Mißhe des Herrn Staatsanwalts war also von einem ganz winzigen Erfolg begleitet, und die erhoffte Freude des Hausbesizers Schicks der am liebsten jeden Streikenden schon damals auf dem Scheiterhaufen gesehen hätte, wurde arg getrübt.

Gegen das Urteil des Bremerischen Schöffengerichts vom 9. Oktober d. J. das den Kollegen Elzinga in Bremen von dem Vergehen gegen den bekannten § 153 freigesprochen hatte, hatte der Amtsanwalt Berufung eingelegt. Die Berufungsausschüsse vor der Strafkammer des Landgerichts ergibt im wesentlichen dasselbe Bild. Der Angeklagte befindet sich, daß er den „Arbeitswilligen“ Witte gar nicht kenne. Als im Jahre 1904 der Streik begann, habe er Bremen verlassen, und wisse er nicht, ob Witte damals gearbeitet habe. Der „Arbeitswillige“ Witte will dagegen seit längerer Zeit von dem Beschuldigten fast täglich beschimpft worden sein. Er behauptet, daß ihm Morgens, wenn er zur Arbeit ging, von dem Angeklagten die Worte „Ausbrecher, Eisbrecher, Streikbrecher und Bauernjunge“ nachgerufen wurden. Am Morgen des 2. August machte W. bei einem Schuhmann auf der Straße Anzeige, als E. ihn angeblich kurz vorher wieder beleidigt hatte. Wie W. dann mit seinem Rad weiterfuhr, will er nochmals von E. beleidigt worden sein. Die beiden Entlastungszeugen, die Maurer D. und Sch., sind sehr oft des Morgens mit dem Angeklagten zur Arbeit gegangen, sie haben aber beide niemals irgend eine Beleidigung von dem Angeklagten gehört. Sch. stellt aus insbesondere in Abrede, daß E. am Morgen des 2. August, kurz nach der Anzeige, den Zeugen W.-beleidigt hat. Der Entlastungszeuge Sch. hatte den Angeklagten unmittelbar nach der Feststellung der Personalien getroffen und war mit ihm zur Arbeit gegangen. Er behauptet, wenn am dem Morgen eine Beleidigung gefallen wäre, wie der Arbeitswillige behauptet habe, dann hätte er es hören müssen. Auf Grund der bestimmten Aussage des Zeugen Witte beantragt der Staatsanwalt, auf eine Geldstrafe von M. 60 zu erkennen. Die Beleidigung liege infolgedessen nicht leicht, weil sie sich auf einen Streik beziehe. Das Gericht nahm an, die Beleidigungen könnten gefallen sein, während die Entlastungszeugen nicht bei dem Angeklagten waren. Bei dem Vorgang nach der erfolgten Anzeige ist ein Irrtum des Zeugen Witte nach Ansicht des Gerichts vollständig ausgeschlossen. Es sei eine bekannte Erfahrung des Lebens, daß jemand auf der Straße einem anderen etwas zuzurufen könne, ohne daß es derjenige höre, der neben ihm gehe. Es sei aber nicht festgestellt, daß die Beleidigung eine öffentliche gewesen sei. Das Gericht erkennt auf die vom Staatsanwalt beantragte Strafe in Höhe von M. 50 event. 10 Tage Gefängnis.

\* Nachwehen vom Maurerstreik in Reichenbach i. V. Ein Urteil, das wohl niemand von denen, die der Verhandlung beigewohnt haben, erwartete, wurde am 1. Dezember vom Landgericht Plauen gegen zwei Reichenbacher Maurer gefällt. Die drei Maurer Grotel, Reinhold und Siegmund — letzterer war vom 27. Juli bis 28. Oktober in Untersuchungshaft — sollen am 24. Juli, während des Maurerstreiks, zwei Böhlen, den Sandlanger Nietzsche und den Arbeiter Geh, bedroht und verprügelt haben. Die Drohung, Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung, lag darin, daß Grotel zu den beiden gesagt habe soll: „Schämt Euch, Ihr verdient richtige Schellen!“ und Siegmund: „Wenn Ihr hier arbeitet, bekommt Ihr was aufgezählt!“ In der Humboldtstraße sind die zwei Böhlen später überfallen und gemißhandelt worden. Als Täter werden die drei Angeklagten — anfänglich fünf — angegeben, obgleich sie bloß von zweien verprügelt worden sein wollen. Als Zeugen sind neun Personen, darunter Geh und Nietzsche, erschienen. Dieselben bezeugen mit Bestimmtheit und unter Eid Grotel und Siegmund als diejenigen, welche sie bedroht und gemißhandelt haben. (Es war Nacht 1½ Uhr.) Zwei andere Belastungszeugen, der Bremser Vogel und der Schaffner Seidel, halten es für nicht möglich, daß Grotel bei dem Überfall dabei gewesen sein kann. Die übrigen Zeugen sagen alle zu Gunsten der Angeklagten aus. Danach ist es ausgeschlossen, daß auch nur einer der Angeklagten der Täter sein könnte.

Auch der Staatsanwalt ist der Ansicht, daß die Aussagen Geh und Nietzsche ganz unzutreffend sein müssen. Gegen Reinhold ist nicht das geringste vorgebracht worden; gegen Grotel erhebt er gar keine Anklage, es ist unbedingt erwiesen, daß er bei der Schlägerei nicht dabei gewesen sein kann. Und gegen Siegmund bleibt auch nicht viel übrig. Gegen Siegmund bleibt bloß die Aussage Geh übrig, der ihn an dem vollen Schmutzbar erkannt haben will; es sei doch sehr bedenklich, eine Behauptung aufzustellen, einen Menschen nachts bestimmt zu erkennen, den man nur einmal zuvor einige Minuten gesehen hat und dazu noch am Schmutzbar. Er stelle seinen Straf Antrag, die Angeklagten wegen Körperverletzung zu be-

strafen, sondern Grotel und Siegmund wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung zu verurteilen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Merg, schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts, soweit es sich um Körperverletzung handle, an; er plädierte aber auch auf Freispruch wegen des anderen Vergehens.

Nach anderthalbstündiger Beratung wurde folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte Reinhold wird freigesprochen. Grotel erhält sechs Wochen Gefängnis und Siegmund ein Jahr und drei Wochen Gefängnis. (Sechs Wochen sind dabei für erlittene Untersuchungshaft abgerechnet.) In der Begründung heißt es: Die Zeugen Geh und Nietzsche sind glaubhaft, sie können sich nicht geirrt haben; trotzdem es Nacht war. Der Beweis, daß Siegmund nicht zu der Zeit an Ort und Stelle gewesen sei, ist vollständig mangelhaft. (?) Das Gericht nimmt als erwiesen an, daß Siegmund die zwei mit Steinen geschlagen und mißhandelt habe. Während die Umstände sind nicht zuzugestehen. Die Ausführungen beim Reichenbacher Maurerstreik müssen ernst bestraft werden. (Der Fall Graas ist von derselben Kammer abgeurteilt worden.) Die Bedrängung dieser beiden harmlosen Leute ist arg gewesen und die „Arbeitswilligen“ müssen geschützt werden.

Der Frevel, der beim letzten Maurerstreik an dem Renegaten Graas verübt wurde, ist am 28. November dem Landgericht in Plauen als Verurteilungsentwurf geführt worden. Jeder der Schänder der Ehre dieses „Arbeitswilligen“ muß sechs Wochen Gefängnisstrafe genießen. Die Tat, die die Maurer: Simon und Putzig an dem Graas begangen haben, war nicht billiger zu süßen. Dieser „Musterknabe“ Graas hat zwar Handlungen begangen, die alles andere, nur nicht ehrlich waren, das schädel aber nichts, er war ja ein Streikbrecher, ein „Arbeitswilliger“, der besonderen Schuß verdiente. Er streifte anfänglich mit, bezog Streikunterstützung und Reisegeld, und arbeitete als Streikbrecher weiter. Ist es da ein Wunder, wenn die streikenden Maurer unwillig sind, sich über den Treubruch dieses Renegaten entrichten? Und die Tat der Verurteilten? Simon hat den Graas an den Schultern gepackt; soll ihn dabei geschüttelt und die Worte gesagt haben: „Nun, mein alter Freund, komm nur her, mein alter, guter Freund.“ Putzig, der glaubte, Graas arbeitet in Rengensfeld, weil er ihn Morgens den Weg dahin hat gehen sehen, und der ihn Abends als „Arbeitswilligen“ von einem Reichenbacher Bau kommen sah, soll gesagt haben: „Wenn wir wüßten, daß Du heute arbeitest, wären wir mit nach Rengensfeld gegangen und hätten Dir die Presse vorgehalten.“ Darin wurde Beleidigung, Körperverletzung, Zwang, Nötigung und widerrechtliches Festhalten erklährt. Die Verteidigung hatte Herr Rechtsanwalt Merg übernommen, der den Treubruch des Renegaten Graas ins rechte Licht rückte. Selbst der Staatsanwalt meinte, die Handlung sowie die Ausdrücke der Angeklagten mögen aus teilweise Erregung über die Handlungsweise Graas's geflossen sein; aber sie sollten doch den Graas lächerlich machen und ihn wieder den Streikenden zuführen. Eine Verurteilung habe deshalb zu erfolgen. Die Strafböhe (das Schöffengericht hatte auf sechs Wochen Gefängnis erkannt) stellt er in das Ermessen des Gerichts. Und das Urteil? Die Verurteilung wird verworfen; sechs Wochen Gefängnis ist die angemessene Sühne für die dem Graas angetane Beleidigung. Die Angeklagten hätten gewußt, daß er Streikbrecher ist; die Beleidigung hätte nur den Zweck, daß er sich ihnen wieder anschloße. Daß er Streikbrecher bezogen habe, könnte nicht in Betracht kommen. Das Streikpostenfischen wird von den „Arbeitswilligen“ als Belästigung empfunden, und die Belästigung hier war sehr groß. Ueberrassend liege die Verteidigung der Angeklagten keine Neue erbliden.

## Briefkasten.

\* Die Nr. 1 des „Grundstein“, 20. Jahrgang, muß des Jahrestages wegen Montag, den 31. Dezember, gedruckt werden. Redaktionschluss am selben Tage, Morgens 8 Uhr.

Zur Beachtung! Das Inhaltsverzeichnis für den 19. Jahrgang des „Grundstein“ wird mit der am 5. Januar erscheinenden Nr. 1 unseres Blattes versandt. Bestellungen müssen spätestens bis zum 30. Dezember in unseren Händen sein. Ohne direkte Bestellung wird kein Verzeichnis versandt. Einbanddecken werden ebenfalls auf Bestellung zum Selbstkostenpreis geliefert.

Waggeburg, R. Ch. Ihr Schreiben können wir, weil es meist persönlich gehalten ist, nicht veröffentlichen. Die Ratschläge, die Sie dem Kollegen Ved in Waggeburg glauben erteilen zu müssen, können Sie ihm doch viel besser mündlich sagen. Ihre Ausführungen über die Affordarbeit sind völlig belanglos; es läßt sich daraus nur entnehmen, daß Sie ein Freund der Affordarbeit sind und sich zu den besten Arbeitern rechnen; da Sie alle die im Tagelohn arbeitenden Kollegen in Waggeburg als Ausbeuter bezeichnen.

Bergedorf, B. Die Versammlungsangelegenheit kam um einige Stunden zu spät.

An Mehrere. Die Veröffentlichung von Lohnforderungen halten wir jetzt noch für sehr verfrüht. Wir werden später darüber berichten.

Delmenhorst, W. Die „Arbeitsordnung“ kam für die vorige Nummer zu spät; sie konnte doch auch ganz gut acht Tage früher eingebracht werden, wenn Sie so großes Gewicht auf einen Bericht zum 18. Dezember legen.

Melle, R. Zu Ihrem Streikfall sagt das Hildesheimer Gefängnis, S. 587, das Folgende: „In die verurteilte Sache zur Zeit der Überlieferung an den Mitter mit einem Fehler behaftet, der ihre Tauglichkeit zu dem vertragsmäßigen Gebrauch aufhebt oder mindert, oder entzieht im Laufe der Mitter ein solcher Fehler, so ist der Mitter für die Zeit, während deren die Tauglichkeit aufgehoben ist, von der Entlohnung des Mietzinses befreit, für die Zeit, während deren die Tauglichkeit gemindert ist, nur zur Entlohnung eines Teiles des Mietzinses verpflichtet. Das Gleiche

gilt, wenn eine zugesicherte Eigenschaft fehlt oder später wegfällt. Sie waren also berechtigt, den Mietpreis zu kürzen; über das Maß der Kürzung entscheidet eventuell das Gericht. Sie können auch nachträglich Schadenersatz verlangen. Ihr Anspruch verjährt aber in sechs Monaten nach Verdrängung des Mietverhältnisses.

Reichenbach, Th. Rr. Sie haben den Unbestand zu bezeugen.

Emden, M. Wegen solcher Anzeigen müssen Sie sich unter Vorlegung der Gründe an den Vorstand unseres Vereins wenden.

Zachendorf, W. Sie haben vergessen angegeben, wann die Versammlung ist. Wenn die dortigen Kollegen es ebenso wenig erfahren wie wir, so können Sie ja nicht kommen. Im übrigen haben Sie recht, daß es Pflicht aller Kollegen ist, die Versammlungen zu besuchen. Wir können aber nicht für jeden Ort einen besonderen Aufruf an die Säulträger veröffentlichen.

Wals, J. G. Es wird kaum möglich sein, den Bauer für den Schaden haftpflichtig zu machen. Nur wenn große Fahrlässigkeit vorläge, die eine strafrechtliche Verurteilung ermöglichte, hätte die Klage auf Erstattung des Schadens Aussicht auf Erfolg.

## — Anzeigen. —

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichte wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Liste folgt in A.)

Alstedt. Am 8. Dezember starb nach kurzem Krankheitslager unser treuer Verbandskollege **Christian Cöthe** im Alter von 64 Jahren an Herzschwäche.

Bremen. Am 8. Dezember starb unser Kollege **Hugo Lau** im Alter von 24 Jahren infolge eines Schädeldrucks den er durch Abstoßung von einem Schornsteinbau erlitt.

Celle. Am 16. Dezember starb unser Verbandskollege **Hermann Gad-gan** im Alter von 86 Jahren infolge eines Pannusfalles.

Goßhus. Am 23. November starb unser Kollege **Martin Jacobson** an Milchrückenleiden.

Göln. Am 11. Dezember starb unser Mitglied **Joseph Fries** im Alter von 45 Jahren infolge eines Schädeldrucks.

Leipzig. Am 7. Dezember starb unser Mitglied **Walthim Pirch** aus Rühnwerder im Alter von 52 Jahren an einem bösartigen Geschwür.

Liebenstein. Am 27. November starb im 65. Lebensjahre unser treuer Kollege und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Ernst Weib** infolge Herzschwäche.

Lübben. Am 10. Dezember starb nach zweitägigem Krankheitslager an Lungenerkrankung unser treuer Verbandskollege **Karl Kuban** im Alter von 37 Jahren.

Mainburg. Am 24. November starb unser eifriges Mitglied und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Josef Limmer** im Alter von 82 Jahren an Gehirnarterienverkalkung.

München. Am 11. Dezember starb unser Kollege **Leonhard Kiehl** in Unterfranken, 83 Jahre alt, an Lungenerkrankung. — In Schwabing starb am 12. Dezember Kollege **Josef Tanzmaler**, 49 Jahre alt, an Lungenerkrankung.

Northeim. Am 16. Dezember starb unser treuer Kollege **Heinrich Fischer** im Alter von 46 Jahren infolge eines Unfallschalles.

Stettin. Am 2. Dezember starb unser treuer Verbandskollege **Gustav Barties** im Alter von 28 Jahren durch Mo-b. — Am 11. Dezember starb unser Ehrenmitglied **Michel Guckles** aus Egelndorf im Alter von 61 Jahren an Wasserkrampf.

Ehre ihrem Andenken!

Wer den Aufenthalt des Kollegen **Ferdinand Müller**, geboren am 29. Dezember 1872 zu Göln, Verh.-Nr. 280 935, wißt, wird er, die Adresse sofort an die Wwo Becker, wohnhaft Göln a. Rh., Al. Griedenmarkt 70, gelangen zu lassen. Dringende Familienangelegenheiten sind die Ursache der Ausforderung. [M. 1,40]

### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

#### Verbandsversammlungen der Maurer.

Donnerstag, den 23. Dezember.

Ribnitz. Bei Potenberg. L.O.: Delegiertenwahl zum Montag resp. Verbandsdag.

Trebitz a. d. Elbe. Nachm. 3½ Uhr bei Krieger. Wichtige Tagesordnung.

Stenstang, den 25. Dezember (1. Weihnachtsdag). Nachm. 4 Uhr bei Wolf, Am Markt 18. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Pasewalk. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. L.O.: Vorstandssache.

Donnerstag, den 27. Dezember.

Orlesen. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. L.O.: Vorstandssache.

Trebitzsch. Nachm. 3 Uhr bei Hermann Seel.

Sonabend, den 29. Dezember.

Mühlheim a. d. Ruhr. Abends 8 Uhr bei Potenberg. Bücher mitbringen.

Sagan. Abends 7 Uhr. Mitgliedsbücher mitbringen. Nach der Versammlung festliches Beisammensein.

Sonntag, den 30. Dezember.

Tempeln. Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Hermann. Nach dem Besuche.

Döbeln. Nachm. 3 Uhr im Restaurant „Müllenterrasse“.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Rier & Co. in Hamburg.